PRO RHEINTAL®

AUSWERTUNG FRAGEBOGEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2013

Auswertung Fragebögen zur Bundestagswahl 2013

23. August 2013

Vorbemerkungen

Die Position von Parteien und Abgeordneten zu Thema Lärmschutz vor einer entscheidenden Bundestagswahl abzufragen ist für viele Mitglieder von Bürgerinitiativen eine zwingend notwendige Maßnahmen, denn sie wollen von den Abgeordneten und ihren Parteien wissen, wie sie sich speziell zu diesem Thema stellen und ob von ihnen nach der Wahl endlich eine Entlastung in Sachen Verkehrslärm zu erwarten ist. Es geht hierbei explizit um die Bundestagswahl und nicht um die Landes- oder Regionalpolitik.

Natürlich können Bürgerinitiativen einschätzen, dass Parteien die in Regierungsverantwortung stehen oder die zumindest erwarten demnächst wieder in Regierungsverantwortung zu stehen ein ganz anderes Korsett tragen als solche, die froh und munter fordern können was sie wollen, weil sie dafür nicht die Verantwortung tragen.
Dennoch lässt sich auch hier unterscheiden, ob jemand von der Sache etwas versteht und sich den Forderungen aus dem Verständnis heraus anschließt oder ob es reine „Wahlfänger" oder „Oppositionelle" sind.

Die Initiativen erkennen auf jeden Fall, ob sich jemand Mühe gibt oder ob man es als lästige Pflicht, meist sehr spät und meist sehr ungenügend oder mangelhaft antwortet. Für uns zählt der Absender des Fragebogens und nicht die Partei. Wir suchen nach Politikern die sich für die Sache und die Menschen einsetzen und die auch ihre Fraktionen und Parteien auf diese Linie bringen.

Inhaltlich unterteilt sich der Fragebogen in drei Bereiche:

a) Können Sie sich regulatorische Maßnahmen wie Nachtfahrverbote oder Tempolimits vorstellen?
b) Sehen Sie technische Lösungen und welche?
c) Sehen Sie sich als möglicher Gesetzgeber in der Pflicht und sind Sie bereit den Menschen einen Anspruch auf Nachtruhe zu gewähren und die Budgetmittel dafür aufzustocken?

Hier die Grundlagen der Bewertung:

Bewertungen von 1 wie „sehr gut" bis 6, wie „ungenügend"

6 = Ungenügend
Wer keine Antwort gibt oder sich herauszureden versucht darf nicht mit Nachsicht rechnen.
Es ist erstaunlich zu lesen, welche Entschuldigungen Parteien und Abgeordnete anführen, warum sie diesen Fragebogen nicht beantworten können oder wollen. Hier muss man deutlich sagen: Wer das nicht kann oder nicht weis was er/sie dazu sagen soll, der hat das falsche Amt, vor allem wenn er/sie aus einem Betroffenengebiet stammt und sich in den Jahren, die inzwischen in dieser Sache vergangen sind immer noch keine Meinung und keine klare Strategie zulegen konnte. Dafür gibt es dann von uns eine glatte 6, denn dass ist einfach „ungenügend"!

5 = Mangelhaft
Natürlich wissen wir auch zu unterscheiden, ob es sich um eine Stimme eines Abgeordneten aus dem Wahlbezirk oder ob es sich um Fraktionen oder gar Parteizentralen handelt. Hier erwarten wir, dass die jeweiligen Abgeordneten mit ihrem Votum für die Menschen in der Region eintreten, auch wenn dass nicht ganz mit der großen Linien der Partei übereinstimmt.
Als unzureichend oder „mangelhaft" bewerten wir deshalb Aussagen die darauf verweisen, dass dazu eine gemeinschaftliche Antwort aus der Fraktion oder Parteizentrale kommt.
Manche, die darauf verweisen, wie engagiert sie sich in Sachen Bahnlärm schon gezeigt haben, verweisen dann auf irgend ein Grundsatzprogramm, in dem weitere Auskünfte

stehen. Das ist nicht ausreichend! Ebenso mangelhaft sind die Wahlkampfbriefe die darstellen wollen was man selbst richtig und was andere falsch gemacht haben. Solche Absender beschäftigen sich nicht mit der Not der Menschen sondern mit der Not, in der sie selbst stecken.

4 = Ausreichend
Das „ausreichend" nicht wirklich ausreichend ist, wissen wir seit der Schule. Die Note 4 ist also nicht wirklich akzeptabel sondern lediglich etwas oberhalb von „mangelhaft".
Wer zumindest in zwei der Themenblöcke Antworten zur Verfügung stellt und ein gewisses Bemühen zu erkennen gibt, erhält diese Note.

3 = Befriedigend
Wer in allen drei angesprochenen Themenbereichen eine Meinung hat und ein klares Bemühen zu erkennen gibt bekommt die 3.

2 = gut
Wer sich regulatorische Maßnahmen vorstellen kann, klare Vorstellungen über technische Lösungen hat und rechtliche Konsequenzen zieht verbunden mit einem Aufstocken der Mittel, erhält ein gut, sofern die Partei selbst keine Regierungsverantwortung trägt und auch nicht wirklich in Aussicht hat.

1 = sehr gut
Wer sich weitgehend oder komplett den Forderungen anschließt und dabei mit der eigenen Partei in Regierungsverantwortung steht oder als Kandidat dafür gilt. Hierbei ist wichtig, dass auch genügend Sachverstand über die Konsequenzen erkennbar wird. Wer also schärferen Gesetzen und höheren Grenzwerten zustimmt, der muss auch eine Aufstockung der Mittel wollen, denn ansonsten blieben die Forderungen entweder wirkungslos oder würden endlos lange dauern. Eine 1 verdient auch nur, wer sich auch im politischen Alltag als führende Kraft in Sachen Bahnlärm bewiesen hat, sei es mit oder ohne Regierungsverantwortung.

Beispiele für Antworten
Manche Abgeordnete und Parteizentralen waren der Ansicht, das es zu schwer, ja geradezu unmöglich sei, diesen Fragebogen zu beantworten. Als Beispiel dafür, dass und wie der Fragebogen auszufüllen war, können die

Antworten von Tabea Rößner und von MdB Dr. Michael Fuchs angesehen werden. Frau Rößner hat dezidiert zu den einzelnen Punkten Stellung genommen und dabei ihre eigene und wo angebracht die Position ihrer Partei genannt. Das ist große Klasse! Herr Dr. Fuchs hat die Positionen ausgewählt die er als MdB und Wahlkreisverantwortlicher mittragen kann und die anderen weggelassen. Seine Antwort sei allen, die der Meinung waren, das sei ja gar nicht zu leisten, wärmstens zur Orientierung empfohlen.

Hier die Antworten die ein „Sehr gut" erhalten haben:

Tabea Rößner, Bündnis 90, Die Grünen
Sabine Leidig, Die Linke - Fraktion

Hier die Antworten die ein „Gut" erhalten haben:

Hermann Gröhe, CDU-Partei
Dr. Franz Josef Jung, CDU MdB – Minister a. D.
Dr. Michael Fuchs, CDU MdB
SSt. Peter Bleser, CDU-MdB
Patrick Schnieder, CDU-MdB
Erwin Rüddel, CDU-MdB
Mechthild Heil, CDU-MdB
Dr. Valerie Wilms, Bündnis 90, Die Grünen-Fraktion
Matthias W. Birkwald, Die Linke – MdB
Schleswig Holstein, Die Linke

Hier die Antworten die ein „Befriedigend" erhalten haben:

Markus Kurth, Bündnis 90/Die Grünen-MdB
Dörte Schnitzler, Bündnis 90/Die Grünen-MdB
Konstantin von Notz, Bündnis 90/Die Grünen-MdB
Arfst Wagner, Bündnis 90/Die Grünen-MdB
Dr. Ernst-Dieter Rossmann, SPD
Dr. Hans-Peter Bartels, SPD
Oliver Sippel, Piraten-Partei
Gero Storjohann, CDU-MdB

Hier die Antworten die ein „Ausreichend" erhalten haben:

Bettina Herlitzius, Bündnis 90/Die Grünen-MdB

Hier die Antworten die ein „Mangelhaft" erhalten haben:

Dr. Volker Wissing, FDP-Fraktion
Patrick Döring, FDP-Partei
Ansgar Hollah, CDU/CSU-Fraktion
Hans-Christian Mrowietz, Bündnis 90/Die Grünen-Partei
Gustav Herzog, SPD-MdB
Sören Bartol, SPD-Fraktion
Dr. Sabine Sütterlin-Waak, CDU
Bernd Buchholz, FDP
Malte-Carsten Seidler, Piraten
Eckbert Reinhardt, Piraten

Hier die Antworten die ein „Ungenügend " erhalten haben:

(Siehe nachfolgende Gesamtwertung – nicht geantwortet = ungenügend)

Aus diesen Ergebnissen ergeben sich für die Bundestags-Abgeordneten, -Parteien und -Fraktionen was das Thema Bahnlärm im Rheintal betrifft folgende Bewertungen:

CDU-MdB – gut (8)
CDU-Partei – gut
CDU-Fraktion – mangelhaft
Gesamtnote CDU: 3

B90/Grüne-MdB – gut (6)
B90/Grüne-Partei – mangelhaft
B90/Grüne-Fraktion – gut
Gesamtnote B90/Grüne: 3

Linke – gut (2)
Linke-Partei – ungenügend
Linke-Fraktion – sehr gut
Gesamtnote Linke: 3

SPD – ausreichend (4)
SPD-Partei – ungenügend
SPD-Fraktion – mangelhaft
Gesamtnote SPD: 4-

Piraten – mangelhaft (2)
Piraten-Partei – ausreichend
Piraten-Fraktion – ungenügend
Gesamtnote Piraten: 5

FDP-MdB – ungenügend (3)
FDP-Partei – mangelhaft
FDP-Fraktion – mangelhaft
Gesamtnote FDP: 5

*keine Antwort, bedeutet „ungenügend"

Weitere Info unter:
BÜRGERNETZWERK PRO RHEINTAL e. V.
Frank H. M. Gross 1. Vorsitzender
Simmerner Straße 12
56154 Boppard

Tel.: 06742 801069-0 Fax: 06742 801069-1
info@pro-rheintal.de http://www.pro-rheintal.de

Wahlversprechen-Bahnlärm-VERGLEICH

FORDERUNGEN	CDU	SPD	B90/GRÜNE	FDP	DIE LINKE	PIRATEN
Lärmschutz als hoch stehendes Schutzgut von Leib und Leben verankern	-	-	-	-	Ja	Ja
Abschaffung der Bestandsstrecken-Benachteiligung (-11dB(A))	Ja, ab 2020	-	Im Rahmen der gesetzl. Möglichkeiten	-	Ja	-
Abschaffung Schienenbonus	Ja, nicht sofort	Ja, nicht sofort	Ja, aber nicht sofort	Ja, nicht sofort	Ja	-
Novellierung der Lärmgesetzgebung nach dem heutigen Stand des Wissens und der Technik	-	-	Ja, neues Verkehrslärmschutz-Gesetz	-	Ja	Ja
Nachtfahrverbot oder Tempolimits für laute Züge	Ja	Ja, im Einzelfall prüfen	Ja, wenn rechtlich möglich	-	Ja	Ja
Wirksames Trassenpreissystem	Ja	Ja	Ja	-	Ja	-
Pflege von Rad und Schiene durch EBA überwachen	Ja	-	Ja, EBA ermächtigen	-	Ja	-
Aufstockung Budget für Sanierungsstrecken	120 Mio. Euro/Jahr	200 Mio. Euro/ Jahr	200 Mio. Euro/Jahr	-	250 Mio. Euro/ Jahr	-
Einbeziehung Bahnlärm in Gesamtlärmbekämpfung	-	-	Ja	-	Ja	Ja
Umrüstung Flüsterbremsen en bloc nachts bis 2016, gesamt bis 2018	Ja, früher als 2020	ab 2020	ab 2020	ab 2020	Ja	-
Einsatz und Erforschung Innovativer Maßnahmen	Ja	Ja	Ja	-	Ja	-
Maximalwerte nachts 50dB (A)	Ja	-	Ja, langfristig	-	Ja	-
Bewertung von Maximalpegeln und deren Häufigkeit anstelle von Mittelungspegeln	Ja	-	Ja	-	Ja	-
Anspruch auf Schutz vor Erschütterungen in Lärmgesetzgebung verankern	-	-	Ja	-	Ja	-
Neue Planungsvorschriften für lebensfreundliche Trassenführungen	-	-	-	-	Ja	-
Betriebliche Änderungen mit Konsequenzen für Lärmschutz koppeln	-	-	Ja	-	Ja	-
Umfassende Informationspflicht über alle Lärm verursachenden Faktoren	-	-	Ja	-	Ja	Ja
Gesamtbewertung	**befriedigend**	**ausreichend**	**befriedigend**	**mangelhaft**	**befriedigend**	**mangelhaft**

FDP

Dr. Volker Wissing, MdB
Stellvertretender Vorsitzender der
FDP-Bundestagsfraktion

"5"

Dr. Volker Wissing, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An den 1. Vorsitzenden des Bürgernetzwerkes
Pro Rheintal e.V.
Herrn Frank Gross
Simmerner Straße 12

56154 Boppard

Berlin, 24.04.2013
Bezug: Ihr Schreiben vom 13.03.2013

Dr. Volker Wissing, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 4.555
Telefon: +49 30 227-77855
Fax: +49 30 227-76855
Volker.Wissing@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Gymnasiumstraße 6
76829 Landau in der Pfalz
Telefon: +49 6341-520 250
Fax: +49 6341-520 251
Volker.Wissing@wk.bundestag.de

Sehr geehrter Herr Gross,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 13. März 2013 zum Thema Bahnlärm.

Herr Dr. Edmund Geisen hat mich als stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion und Vorsitzenden der rheinland-pfälzischen FDP um die gemeinsame Beantwortung Ihres Schreibens gebeten.

Für die FDP ist der Schutz der Bevölkerung vor Verkehrslärm allgemein und Bahnlärm im besonderem ein wichtiges Anliegen. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass zwei sehr konkrete Maßnahmen bereits im Koalitionsvertrag 2009 verankert und inzwischen umgesetzt wurden. Dies betrifft zum einen die Einführung lärmabhängiger Trassenpreise und zum anderen die Abschaffung des Schienenbonus. Beides sind Maßnahmen, die seit langem gefordert werden, jedoch von keiner Vorgängerregierung realisiert wurden.

Die SPD hat zehn Jahre den Bundesverkehrsminister gestellt und dabei größtenteils zusammen mit den Grünen regiert – geschehen ist in dieser Zeit in Sachen Bahnlärmschutz nichts. Das muss man berücksichtigen, wenn heute von SPD und Grünen aus der Opposition heraus weitgehende Forderungen aufgestellt werden. Entscheidend ist, was konkret passiert, wenn man in der Regierungsverantwortung ist. Hier kann sich die Bilanz der FDP sehen lassen.

Wir wollen aber noch mehr erreichen. Die FDP wird sich deshalb in der nächsten Legislaturperiode für eine Weiterentwicklung des nationalen Verkehrslärmschutzpaketes einsetzen. Wir wollen dabei einen Schwerpunkt auf den Einsatz innovativer Lärmminderungstechnik und die gezielte Entlastung von Lärmbrennpunkten setzen. Daneben wollen wir das Lärmsanierungsprogramm fortsetzen und intensivieren.

Wir sagen Ihnen zu, dass wir die von Ihnen im Detail vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verringerung des Bahnlärms prüfen und bewerten lassen werden. Wir beabsichtigen im nächsten Koalitionsvertrag das Thema Schutz vor Schienenlärm im o.g. Sinne ausdrücklich anzusprechen. Darüber hinaus würden wir anstreben, dass die im Fragebogen des Aktionsbündnisses Verkehrslärm vorgeschlagenen Maßnahmen vom zuständigen Fachressort des Bundesverkehrsministeriums geprüft und bewertet werden mit dem Ziel, einen konkreten Handlungskatalog im Rahmen der Fortschreibung des nationalen Verkehrslärmschutzpaketes vorzulegen. Ich glaube, dass wir damit den berechtigten Forderungen der Anlieger von Bahnstrecken am besten gerecht werden.

Ich bitte um Verständnis dafür, dass aus meiner Sicht das Ankreuzen von Einzelmaßnahmen in Ihrem Fragebogen nicht zielführend ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Volker Wissing, MdB

1390

Dr. Valerie Wilms
Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. Valerie Wilms MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin

"2"

Pro Rheintal e.V.
Herrn Frank Gross
1. Vorsitzender
Simmerner Str. 12
56154 Boppard

Bundestagswahl 2013
Ihr Schreiben zum Thema Bahnlärm vom 01.03.2013

Berlin, 26.03.2013

Sehr geehrter Herr Gross,

zunächst möchte ich mich auch im Namen von meinem Kollegen Josef Winkler herzlich für das Engagement des Bürgernetzwerks Pro Rheintal für Lärmschutz auf der Schiene im Mittelrheintal bedanken. Als fachlich zuständige Abgeordnete werde ich gerne für unsere Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen Ihr Schreiben beantworten.

Uns ist bewusst, dass das Mittelrheintal der durch Bahnlärm am höchsten belastete Korridor in Deutschland ist und dass die Situation für die Anwohnerinnen und Anwohner schon heute unzumutbar ist. Das zu ändern, ist auch ein grünes Anliegen.

Auch wenn wir Ihren Wunsch nach möglichst konkreten Maßnahmen verstehen, müssen wir Sie doch um Verständnis bitten, dass wir als grüne Bundestagsfraktion nicht über die Expertise verfügen, um genau sagen zu können, welche der Maßnahmen wann umsetzbar ist. Gerne sichern wir aber zu, dass wir uns im Falle einer Regierungsbeteiligung für eine fachliche Prüfung der von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen beim Bundesverkehrsministerium einsetzen werden.

Unsere wichtigsten politischen Forderungen im Lärmschutz stimmen mit Ihren Anliegen überein:

- Wir wollen den „Schienenbonus" bei der Berechnung des Schienenlärms so schnell wie möglich abschaffen und den abgesenkten Wert auch bei der Lärmsanierung zur Grundlage machen.
- Wir wollen die Bundesmittel des Lärmsanierungsprogramms der DB AG auf 200 Mio. Euro verdoppeln.
- Wir wollen eine Neufassung und stärkere Spreizung der lärmabhängigen Trassenpreise mit zügig wirksamen Umrüstungsanreizen.
- Wir wollen ein Verbot der besonders lauten Graugussbremsen bis spätestens 2020.

Platz der Republik 1 - 11011 Berlin - Fon 030 227-71682 - Fax 030 227-76289
E-Mail: valerie.wilms@bundestag.de
Wahlkreisbüro: Damm 48 - 25421 Pinneberg - Fon 04101 553985 - Fax 04101 553986
E-Mail: valerie.wilms@wk.bundestag.de
www.valerie-wilms.de

- Als zentrales Instrument für einen besseren Lärmschutz wollen wir einen Rechtsanspruch auf Lärmschutz schaffen. Die nächste Bundesregierung soll dazu ein Verkehrslärmschutzgesetz erarbeiten.
  Wir wollen Gesundheitsschutz gewährleisten und Betroffenen einen Anspruch auf Ausweisung eines Lärmsanierungsgebietes gewährleisten, wenn der Gesamtlärmpegel ein unerträgliches Maß überschreitet. Die für Lärm zuständige Behörde soll dann verpflichtet sein, Lärmminderungsmaßnahmen im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit Bürgerbeteiligung zu entwickeln und umzusetzen. Auf Grundlage eines einheitlichen Bemessungsverfahrens sollen Sanierungsgebiete erfasst und nach Dringlichkeit abgearbeitet werden. Die Lärmsanierung im Mittelrheintal würde dabei in die erste Dringlichkeitskategorie eingestuft werden.

Mit freundlichen Grüßen

Valerie Wilms

Dr. Valerie Wilms

Christlich-Soziale Union in Bayern

CSU

POLITIK UND PARTEIARBEIT

CSU-Landesleitung
Franz Josef Strauß-Haus
Nymphenburger Straße 64
80335 München
Telefon 089 / 1243-297
Telefax 089 / 1243-210
Rechtsreferat@csu-bayern.de

Pro Rheintal e. V.
z. Hd. Herrn Frank Gross
Simmerner Str. 12
56154 Boppard

19. März 2013

"G"

Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2013

Sehr geehrter Herr Gross,

vielen Dank für Ihr freundliches Schreiben vom 13. März 2013 und die darin enthaltenen Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2013, die insbesondere das Thema Lärmschutz betreffen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Stefan Müller MdB, hat mir Ihre Anfrage zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

Sie werden verstehen, dass wir vor der Verabschiedung unseres Regierungsprogramms keine Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl beantworten können.
Wir werden auf diese umgehend und ohne Aufforderung nach der Beschlussfassung des Regierungsprogramms zurückkommen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Tobias Miethaner
Leiter Politik und Parteiarbeit

1390

Fragebogen zur Bundestagswahl

Von der Bürgerinitiative Pro Rheintal

Sehr geehrte Engagierte der Bürgerinitiative Pro Rheintal,

vielen Dank für die Zusendung Ihres Fragebogens. Die Mehrzahl der Maßnahmen ist grundsätzlich unterstützenswert, einige stoßen jedoch auf finanzielle und rechtliche Hürden. Vor allem der Bestandsschutz engt den politischen Handlungsspielraum ein. Daher sind nicht alle Forderungen direkt umzusetzen. Sie wissen, dass mir als Abgeordnete aus der Region der Lärmschutz ein zentrales Anliegen ist. Allerdings bin ich keine Fachabgeordnete für den Themenbereich Verkehr und kann gerade auch als Mitglied einer Oppositionsfraktion nicht auf Ressourcen einer Regierungspartei zurückgreifen. Daher bitte ich Sie schon einmal im Voraus um Verständnis, dass ich nicht alle Fragen im Einzelnen beantworten konnte.

Mit meiner Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setze ich mich mit Schwerpunkt für folgende Maßnahmen ein:

- Mehr Geld für Lärmsanierung bereitstellen
- Grenzwerte senken
- Bestandsschutz aufweichen, lärmbedingte Betriebsbeschränkungen rechtlich ermöglichen
- Lärmabhängige Trassenpreise spreizen
- Regelungen für das Eisenbahnbundesamt ändern
- Ein verkehrsträgerübergreifendes Verkehrslärmschutzgesetz entwickeln
- Prüfung von Alternativstrecken

Mir ist bewusst, dass der Bahnlärm im Rheintal die Lebensqualität erheblich einschränkt, die Gesundheit vieler Menschen bedroht und die Region auch wirtschaftlich belastet. Deshalb ist der Schutz vor Verkehrslärm der Schwerpunkt meiner politischen Arbeit in meinem Wahlkreis Mainz und im Land Rheinland-Pfalz. Ich habe großen Respekt vor Ihrem Engagement und wünsche Ihnen viel Erfolg für Ihre sehr wichtigen Anliegen.

Herzliche Grüße

Tabea Rößner

A. Welche betriebstechnischen Sofortmaßnahmen zum Schutz von Anwohnern werden Sie nach der Wahl befürworten und - im Falle eines Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

1. Tempolimit für laute Güterzüge in geschlossenen Ortschaften.
   Ja, grundsätzlich sofort. Jedoch müssen vorbereitend Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht werden, da bisher Geschwindigkeitsreduzierungen bei der Bahn nur mit der Verkehrssicherheit begründet werden können. Der Bestandsschutz für Fahrzeuge mit gültiger Betriebserlaubnis, der vor dem Grundgesetz einen hohen Schutzstatus genießt, ist ein rechtliches Hindernis, denn es gilt die Eigentumsgarantie. Kurzfristig muss der politische Druck auf die Bahn erhöht werden, damit sie freiwillig die Geschwindigkeit reduziert. Nach der Bundestagswahl werde ich mich mit meiner Partei dafür einsetzen, dass auch

ordnungspolitisch Geschwindigkeitsbegrenzungen durchgesetzt werden können. Eine europäische Richtlinie für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen kann dafür ein gangbarer Weg sein.

2. Sonntagsfahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2014.

   Prognosen über die Auswirkungen eins Sonntagsfahrverbots kenne ich leider nicht. Allerdings erinnere ich mich an die Widerstände, die es damals bei der Einführung eines Sonntagsfahrverbots für LKW gab. Die Welt ist deswegen nicht untergegangen.

3. Nachtfahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2016.

   Das Ziel eines Nachtfahrverbots für laute Güterzüge unterstütze ich aus vollem Herzen. Wir sind auf Ruhephasen in der Nacht für unsere Gesundheit dringend angewiesen. Die Zeitschiene ist allerdings zu ambitioniert. Zur rechtlichen Umsetzung siehe oben.

4. Absolutes Fahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2018.

   Wir Grüne fordern ein Durchfahrverbot für laute Güterzüge ab 2020. Die nächste Bundesregierung muss sich dafür auf europäischer Ebene einsetzen. Für ein Fahrverbot ist die staatliche Förderung der Umrüstung eine Grundlage, da damit das Argument des Bestandsschutzes abgeschwächt wird. Ein angekündigtes europaweites Fahrverbot in Verbindung mit einer öffentlichen Förderung der Umrüstung und effizienten lärmabhängigen Trassenpreisen könnten einen Schub für die Umrüstung auslösen. Da in einigen europäischen Ländern der Bahnlärm eine untergeordnete Rolle spielt, ist eine Durchsetzung jedoch äußerst schwierig.

5. Lokführerschulung „Leiser Verkehr" ab 2013.
   Dem steht grundsätzlich nichts entgegen. Es sollte vor allem wichtiger Bestandteil der Lokführerausbildung sein.

6. Neue Baustellen-Lärmvorschriften ab 2014.

B. Welche technischen schallvermeidenden Maßnahmen an der Quelle und schallreduzierenden Maßnahmen am Fahrweg werden Sie nach der Wahl befürworten und – im Falle eines Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

1. Lärmsanierung des rollenden Materials. Beginn der Umrüstung 2013, mit Graugussverbot nachts 2016, insgesamt ab 2018.

   Die Lärmsanierung des rollenden Materials ist wesentlich für einen bundes- und europaweiten Lärmschutz. Mit einem Maßnahmenmix muss sie umgesetzt werden: mit einem Fahrverbot ab 2020, öffentlicher Förderung und stark gespreizten lärmabhängigen Trassenpreisen, siehe Frage A4. Einen genauen

Zeitplan zu nennen, wäre in meiner Position zum gegenwärtigen Zeitpunkt unseriös.

Im Falle eines Wahlsieges würde sich eine von den GRÜNEN mitgetragene Regierung auf EU-Ebene für die Anpassung der TSI-Lärm einsetzen, damit die für Nutzfahrzeuge geltenden Lärmobergrenzen mit Übergansregelungen auch für Bestandsfahrzeuge gelten.

2. Wirksame Trassenpreisgestaltung zur Lärmreduzierung und Verlagerung der externen Kosten auf die Lärm-Verursacher ab 2013.

   Ja. Mit meiner Fraktion werde ich mich für eine Neufassung und stärkere Spreizung der lärmabhängigen Trassenpreise einsetzen. Die wirtschaftlichen Anreize für eine schnelle Umrüstung müssen steigen. Erst wenn die Spreizung 3- bis 4mal so hoch ist wie die jetzige, lohnt es sich ökonomisch für den Betreiber umzurüsten. Es ist zu befürchten, dass mit den aktuell geltenden lärmabhängigen Trassenpreisen die Fahrzeughalter erst am Ende der Förderphase umrüsten, um die Betriebskosten zu mindern. Deshalb muss die Preisgestaltung möglichst bald überarbeitet werden.

3. Lärmsanierung am Fahrweg durch innovative Maßnahmen und Kombinationen daraus.

   Ja. Wesentlich dafür ist die Verdoppelung der Bundesmittel des Lärmsanierungsprogramms der DB AG auf 200 Millionen Euro pro Jahr, die wir als Fraktion fordern. Das Eisenbahnbundesamt muss in die Lage versetzt werden, leichter innovative Maßnahmen zu bewilligen.

4. Entwicklung weiterer, schallverhindernder sowie schallmindernder Maßnahmen (z.B. Noise Breaking System: Test 2013, Umsetzung 2014).

5. Erweiterung des Vorsorge- und Sanierungsprogramms um den Schutz vor Erschütterungen.

   Ja.

6. Technische Überprüfung und Zulassung des rollenden Materials (z.B. Zustand der Räder, Bremsen, Achsen und Blattfedern, die einrosten können) von neutraler Seite (TÜV). Gefahrguttransporte müssen besonders strengen Kontrollen unterzogen werden.

   Ja. Zusätzlich muss das Eisenbahnbundesamt personell und durch mehr Befugnisse gestärkt werden, damit es Maßnahmen zum Lärm- und Erschütterungsschutz durchsetzen kann.

7. Ausbau des Lärmvorsorgeprogramms durch bürgerfreundliche Trassenplanung und Grenzwert-Einhaltung gemäß neuer gesetzlicher Vorschriften wie nachfolgend erläutert.

C. Welche Verbesserungen der Rechtspositionen von Bahnanwohnern werden Sie nach der Wahl befürworten und – im Fall eines Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

1. Rechtlich verbindlicher Anspruch auf Schutz vor gesundheitsgefährdenden Immissionen in Form von Schall und Erschütterungen gemäß Schutzpflicht GG Art. 2 Abs. 2.

   Ich werde mich dafür einsetzen, dass die nächste Bundesregierung ein Verkehrslärmschutzgesetz auf den Weg bringt. Dies ist nach unserer Ansicht ein zentrales Instrument für einen besseren Schutz vor Verkehrslärm, der alle Lärmarten innerhalb eines Gebietes mit einbezieht. Die öffentliche Hand soll verpflichtet werden, Lärmminderungsmaßnahmen in Lärmsanierungsgebieten durchzusetzen. Dem Mittelrheintal würde wegen der Dringlichkeit erste Priorität zukommen.

2. Abschaffung der Bestandsstreckenbenachteiligung ab Dezember 2020 (11 dB(A)).

   Wir wollen den Bestandsschutz aufweichen, dies wird aber aus verfassungsrechtlichen Gründen sehr schwierig. Insgesamt engt der Bestandsschutz den politischen Handlungsspielraum stark ein, weshalb wir hier dringend ran müssen.

3. Absenkung der Sanierungsgrenzwerte insgesamt auf die von der WHO vorgeschlagenen Immissionsgrenzwerte (LAeq Tag: 55 dB(A), LAeq Nacht: 45 dB(A))

   Diese Grenzwerte sollten langfristig für Bahn-, Flug- und Straßenlärm das Ziel sein. Das Umweltbundesamt stuft sie als gesundheitlich unbedenklich ein (Umweltbundesamt 2006: Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm-Auslösekriterien für die Lärmaktionsplanung). Mittelfristig sind sie jedoch kaum finanzierbar. Nach F. Elbers und E. Verheijen (http://www.uic.org/IMG/pdf/elbers_bearable_noise_limits_7.noiselimits_08xi2011.pdf) betragen die Kosten für die Sanierung allein der sechs europäischen Güterverkehrskorridore, auf denen 43 % des gesamten europäischen Schienengüterverkehrs abgewickelt werden, auf einen Geräuschimmissionsgrenzwert von L_{night} 55 db(A) 10,8 Milliarden Euro. Die Lärmminderungsmaßnahmen- und vorgaben für die Bahn dürfen das Unternehmen als klimafreundliches Verkehrsmittel ökonomisch nicht überfordern, solange eine gerechte Finanzierung der Verkehrsträger nicht gegeben ist.

4. Verpflichtung zu einer Gesamtberücksichtigung aller Verkehrsgeräusche (Gesamtlärmbetrachtung und –regelung).

   Ja. Die Gesamtlärmbetrachtung soll wesentlicher Bestandteil eines Verkehrslärmschutzgesetzes sein, siehe Antwort auf C.1

5. Einbeziehung der Erschütterungen in den Rechtsanspruch auf Immissionsschutz.

6. Neudefinition von „wesentlichen Änderungen am Fahrweg". Statt sich nach baulichen Änderungen zu richten, Orientierung an den Lärmmehrbelastungen durch zunehmenden Verkehr bezüglich Intensität und Dauer.

   Ja.

7. Einklagbarer Rechtsanspruch auf Lärmsanierung ab Januar 2020.

8. Aufstockung staatlicher Mittel (250 Millionen Euro p.a.) zur Lärmsanierung ab 2014.

   Meine Fraktion tritt dafür ein, die Bundesmittel des Lärmsanierungsprogramms des DB AG auf 200 Millionen Euro zu verdoppeln. Dies hat die grüne Fraktion in die letzten Haushaltsverhandlungen eingebracht, wo die Forderung von der Regierungskoalition abgelehnt wurde.

9. Außerkraftsetzung „Schienenbonus" von 5 dB(A) ab Dezember 2014, auch für bereits geplante Projekte.

   Die nächste Bundesregierung muss die beschlossene langfristige Abschaffung des Schienenbonus auf eine mittelfristige Zeitschiene setzen und den abgesenkten Wert auch bei der Lärmsanierung zur Grundlage machen. Dazu hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im November 2012 einen Änderungsantrag im Bundestag eingebracht. Darin haben wir zur Abstimmung gestellt, dass alle neuen Anträge zu Planfeststellungsverfahren für den Neu- und Ausbau von Schienenwegen ohne Schienenbonus zu planen sind. Lediglich laufende Verwaltungsverfahren sollten nach der bisherigen Rechtslage durchgeführt werden. Die jetzige Bundesregierung hat dies abgelehnt.

10. Berücksichtigung von Spitzenpegeln bei der Grenzwertfestlegung und Lärmmessung/-Ermittlung.

    Ja.

11. Einbeziehung tiefer Frequenzbereiche in die Schallpegelbewertung (statt reiner A-Filter-Bewertung).

12. Dauerhafte betriebliche Änderungen, die Lärmzunahmen bewirken, führen zu Schallschutzansprüchen

    Grundsätzlich ja. Hier kommt es auf die Ausgestaltung an.

13. Neuregelung der Schallermittlung durch aktualisierte Algorithmen und Verfahren (Beispiel: Schweizer SonRail-Verfahren).

    Die Schallermittlung und die Geräuschgrenzwerte sollten auch die Betriebszustände abdecken, die über das reine Rollen hinausgehen, wie zum Beispiel das Quietschen von Bremsen oder in Kurven. Daher muss auch neben

der Fahrzeugseite die Infrastrukturseite bei den TSI-Vorgaben berücksichtigt werden.

14. Aktives Lärm-Monitoring zugänglich über Internet.

    Ja.

15. Rechtlicher Anspruch auf notwendige Schall- und Erschütterungsschutzmaßnahmen an Gebäuden.

16. Epidemiologische Überwachung von Gesundheitsschädigungen in stark von Lärm betroffenen Gebieten.

    Ja.

17. Umfassende Informationspflicht hinsichtlich der Lärmwirkung bei Neubau und betrieblicher Änderung, auch bei Auswirkungen auf andere Strecken und Verkehrsträger.

    Ja.

18. Einbeziehung des aktualisierten Stands des Wissens und der Technik, im Abstand von jeweils fünf Jahren, als Grundlage für eine fortlaufende Novellierung des Immissionsschutzes festschreiben und im Gleichschritt mi dem Bundesverkehrswegeplan rechtsverbindlich machen.

Bitte kreuzen Sie nur die Positionen an, die Sie verbindlich zusagen können. Zu den nicht angekreuzten Positionen können Sie uns gern Ihre Erläuterungen und Hinweise geben!

Vielen Dank für Ihre Mühe!

Bitte ausfüllen und möglichst bis zum 15. April 2013 zurücksenden:

Kontakt: Pro Rheintal e.V., Simmerner Straße 12, 56154 Boppard, Fon: 06742 8010690, info@pro-rheintal.de

SÖREN BARTOL
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
SPRECHER DER ARBEITSGRUPPE
VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

6

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

Pro Rheintal
Herrn Frank Gross
1. Vorsitzender Pro Rheintal e.V.
Simmerner Straße 12
56154 Boppard

Berlin, den 18. April 2013

Sehr geehrter Herr Gross,

Vielen Dank für die Zusendung Ihrer Fragen und für Ihr Interesse an den politischen Positionen der SPD im Jahr der Bundestagswahl.

Alles deutet darauf hin, dass der Ausgang der Wahlen völlig offen ist und dass wir eine spannende Entscheidung über die Zukunft unseres Landes bekommen.

Auf unserem Parteitag am 14. April haben wir das Regierungsprogramm der SPD beschlossen. Darin finden sich unsere Antworten auf die sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Ich bitte um Ihr Verständnis, dass Wahlprüfsteine vom SPD Parteivorstand beantwortet werden. Ihren Fragenkatalog habe ich an die dort zuständigen Kolleginnen und Kollegen weitergereicht. Sie erhalten baldmöglichst Auskunft und Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

S. Bartol

POSTANSCHRIFT PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN WWW.SPDFRAKTION.DE

BÜROANSCHRIFT JAKOB-KAISER-HAUS RAUM 2.341 WILHELMSTR. 68 10117 BERLIN
TELEFON (030) 227-52 6 64 **TELEFAX** (030) 227-56 0 77 **E-MAIL** SOEREN.BARTOL@BUNDESTAG.DE

WAHLKREIS BIEGENSTRAßE 33 35037 MARBURG
TELEFON (06421) 169 90 16 **TELEFAX** (06421) 169 90 20 **E-MAIL** SOEREN.BARTOL@WK.BUNDESTAG.DE

CDU

Patrick Schnieder
Mitglied des Deutschen Bundestages

Erwin Rüddel
Mitglied des Deutschen Bundestages

Mechthild Heil
Mitglied des Deutschen Bundestages

Peter Bleser
Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. Michael Fuchs
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pro Rheintal
Herrn
Frank Gross
Simmerner Str. 12

56154 Boppard

Berlin, 19.04.2013
Bezug:
Anlagen:

Patrick Schnieder, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-71883
Fax: +49 30 227-76240
patrick.schnieder@bundestag.de

Erwin Rüddel, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-71701
Fax: +49 30 227-76231
erwin.rueddel@bundestag.de

Mechthild Heil, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon : +49 227-77040
Fax: +49 227-76423
mechthild.heil@bundestag.de

Peter Bleser, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73308
Fax: +49 30 227-76596
peter.bleser@bundestag.de

Dr. Michael Fuchs, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73438
Fax: +49 30 227-76438
michael.fuchs@bundestag.de

Fragebogen zum Thema Bahnlärm

Sehr geehrter Herr Gross,

für Ihr Schreiben vom 13. März 2013 danken wir Ihnen.
Wir stimmen mit Ihnen darin überein, dass die Lärmbelastung durch den Eisenbahn-, und hier speziell den Güterverkehr im Rheintal, dringend einer Lösung bedarf. Dies wird auch von allen Beteiligten – der Politik auf kommunaler, regionaler und Bundesebene, den Bürgerinitiativen und der DB AG – anerkannt. Wir selbst engagieren uns seit Jahren für die Interessen und Forderungen der Betroffenen.

Allerdings können wir innerhalb des gemeinsamen Wirtschaftsraums der EU nicht alle in diesem Zusammenhang anstehenden Fragen allein in Deutschland entscheiden. Dies gilt auch mit Blick auf die Schweiz, die – wie Sie wissen – in diesem Kontext eine besonders wichtige Rolle spielt. Es erschiene uns deshalb sehr gewagt, Ihre zahlreichen und teils sehr detaillierten Fragen aus heutiger Sicht durch einfaches Ankreuzen oder Nicht-Ankreuzen verbindlich beantworten zu wollen; das wäre wohl schon deshalb nicht seriös, weil nicht alles, was wünschenswert ist, zu den in Ihrem Fragebogen jeweils genannten Zeitpunkten realisierbar sein wird.

Gestatten Sie uns stattdessen, Ihnen darzulegen, welche verbindlichen Maßnahmen unsere politischen Freunde und wir anstreben, um die Lärmbelastung im Rheintal möglichst gründlich und möglichst bald wirksam zu reduzieren:
Wir teilen die Forderungen nach einem konsequenten und schnellstmöglichen europaweiten Verbot von Graugussbremsen an Güterwagen – und das heißt: früher als 2020. Von der nächsten Bundesregierung erwarten wir hier ein engagiertes Vorgehen auf europäischer Ebene. Ferner muss dafür Sorge getragen werden, dass die Deutsche Bahn und die anderen deutschen Wagenhalter schnellstmöglich, und zwar früher als 2020, alle Güterwagen mit Flüsterbremsen ausstatten. Überdies

werden wir uns dafür einsetzen, dass die nächste Bundesregierung sich dazu verpflichtet, alles zu tun, damit schnellstmöglich, d.h. früher als 2020, keine Güterzüge mehr durch Deutschland fahren, die nicht mit Flüsterbremsen ausgestattet sind. Nicht zuletzt muss auch der Lärmschutz entlang der Bahnstrecke im Mittelrheintal durch innovative Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen des Investitionsbeschleunigungsprogramms II weiter verstärkt werden.

Darüber hinaus haben die örtlichen CDU-Kreisverbände die Initiative für eine „Lärmschutz-Modellregion Mittelrhein" ergriffen. Das Projekt umfasst für die kommenden Jahre ein umfangreiches, ergänzendes Maßnahmenpaket, das u.a. konkret vorsieht:

- ein nächtliches Tempolimit von 50 km/h zwischen 22.00 und 06.00 Uhr für nicht umgebaute bzw. modernisierte Züge;
- ein Nachtfahrverbot für alle nicht bis Ende 2015 umgebauten bzw. modernisierten Züge;
- eine wirksame Gestaltung der lärmabhängigen Trassenpreise;
- eine Umrüstung und Modernisierung des gesamten rollenden Materials auf den neuesten technischen Stand bei gleichzeitiger Verbesserung des Gleisbetts zur Vermeidung von Lärm und Erschütterungen;
- eine Ertüchtigung und den Ausbau bereits bestehender Bahnstrecken;
- die Planung und den Bau einer Alternativtrasse für den Güterverkehr;
- die Gültigkeit der in der 16. Bundesimmissionsschutzverordnung vorgesehenen strengeren Grenzwerte für Lärmimmissionen ab dem Jahr 2020 auch für bereits bestehende Eisenbahnstrecken und ein Heruntersetzen entsprechend der Forderungen der WHO zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung auf maximal 45 Dezibel in der Nacht;
- die Abschaffung des sog. Schienenbonus für die Bahn in Höhe von 5 Dezibel;
- die Zugrundelegung der Maximalpegelhäufigkeit bei der Berechnung der Immissionswerte und
- die Entwicklung des Projektbeirates zu einem wesentlichen Projektsteuerungsinstrument zur Erarbeitung und Begleitung von Maßnahmen sowie zur Einbringung von Bürgerinteressen.

Diese Ziele werden von uns, allen CDU-Kreisverbänden am Mittelrhein wie auch von den örtlichen Mandatsträgern der CDU

auf sämtlichen staatlichen Ebenen mitgetragen. Sie decken sich nach unserer Einschätzung im Kern mit den wesentlichen Punkten Ihres Forderungskatalogs.

Sie dürfen deshalb versichert sein, dass wir uns, sofern wir dem nächsten Deutschen Bundestag angehören werden, auch in der kommenden Legislaturperiode mit Nachdruck für die genannten Ziele einsetzen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Patrick Schnieder

Erwin Rüddel

Mechthild Heil

Peter Bleser

Dr. Michael Fuchs

Linke

Sabine Leidig
Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Sabine Leidig, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Raum 2.755
Telefon 030 227 – 73771
Fax 030 227 – 76769
E-Mail: sabine.leidig@bundestag.de

Wahlkreis

Allerheiligentor 2 - 4
60311 Frankfurt
Telefon 069 71678810
E-Mail: sabine.leidig@wk.bundestag.de

1 4
1

Pro Rheintal e. V.
Simmerner Straße 12

56154 Boppard

3.4.2013

Sehr geehrte Damen und Herren von der Initiative Pro Rheintal,

Sie haben sich an viele meiner Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag gewandt und um Stellungnahme zu Ihren Forderungen gebeten. Vorab meine Antwort in elektronischer Form.

Als Verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion versichere ich Ihnen: wir unterstützen Ihr Anliegen zur Lärmminderung sowie auch die von Ihnen vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen dafür in vollem Umfang. Wir haben dementsprechend auch einen Entschließungsantrag zur Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (Bundestags-Drucksache 17/11709) eingebracht, den ich Ihnen beilege. Unter http://www.linksfraktion.de/reden/laerm-macht-krank-allem-wenn-nachtschlaf-gestoert-wird-nachtfahrverbot-laute-gueterzuege/ finden sie außerdem meine Rede im Bundestag zu diesem Thema.

Generell setzen wir uns für eine zunehmende Verlagerung von Transporten von der Straße auf die Schiene ein. Dabei ist uns aber auch wichtig, dass diese Verlagerung nicht auf Kosten der Anwohnerinnen und Anwohner gehen darf. Um dies zu erreichen, sind die von Ihnen geschilderten Lärmschutzmaßnahmen unverzichtbar. Ebenso sind in einigen Bereichen – wie im südlichen Rheintal Richtung Schweiz – Güterumfahrungsstrecken notwendig.

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg mit Ihrer Initiative und werden Sie auch in Zukunft nach Kräften unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

S. Leidig

Linke

Fragebogen zur Bundestagswahl

PRO RHEINTAL

A. Welche betriebstechnischen Sofortmaßnahmen zum Schutz von Anwohnern werden Sie nach der Wahl befürworten und – im Falle eines Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

[X] 1. Tempolimit für laute Güterzüge in geschlossenen Ortschaften.

[X] 2. Sonntagsfahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2014.

[X] 3. Nachtfahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2016.

[X] 4. Absolutes Fahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2018.

[X] 5. Lokführerschulung „Leiser Verkehr" ab 2013.

[X] 6. Neue Baustellen-Lärmvorschriften ab 2014.

B. Welche technischen schallvermeidenden Maßnahmen an der Quelle und schallreduzierenden Maßnahmen am Fahrweg werden Sie nach der Wahl befürworten und – im Falle eines Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

[X] 1. Lärmsanierung des rollenden Materials. Beginn der Umrüstung 2013, mit Graugussverbot nachts 2016, insgesamt ab 2018.

[X] 2. Wirksame Trassenpreisgestaltung zur Lärmreduzierung und Verlagerung der externen Kosten auf die Lärm-Verursacher ab 2013.

[X] 3. Lärmsanierung am Fahrweg durch innovative Maßnahmen und Kombinationen daraus.

[X] 4. Entwicklung weiterer, schallverhindernder sowie schallmindernder Maßnahmen (z. B. Noise Breaking System: Test 2013, Umsetzung ab 2014).

[X] 5. Erweiterung des Vorsorge- und Sanierungsprogramms um den Schutz vor Erschütterungen.

Kontakt:
Pro Rheintal e. V. | Simmerner Str. 12 | 56154 Boppard | Fon: 06742 801069-0 | Mail: info@pro-rheintal.de

Aktionsbündnis Verkehrslärm
Expert Euch!

[X] 6. Technische Überprüfung und Zulassung des rollenden Materials (z. B. Zustand der Räder, Bremsen, Achsen u. Blattfedern, die einrosten können) von neutraler Stelle (TÜV). Gefahrguttransporte müssen besonders strengen Kontrollen unterzogen werden.

[X] 7. Ausbau des Lärmvorsorgeprogramms durch bürgerfreundliche Trassenplanung und Grenzwerte-Einhaltung gemäß neuer gesetzlicher Vorschriften wie nachfolgend erläutert.

C. Welche Verbesserung der Rechtspositionen von Bahnanwohnern werden Sie nach der Wahl befürworten und – im Falle eines Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

[X] 1. Rechtlich verbindlicher Anspruch auf Schutz vor gesundheitsgefährdenden Immissionen in Form von Schall und Erschütterungen gemäß Schutzpflicht GG. Art. 2 Abs. 2.

[X] 2. Abschaffung der Bestandsstreckenbenachteiligung ab Dezember 2020 (11 dB(A)).

[X] 3. Absenkung der Sanierungsgrenzwerte insgesamt auf die von der WHO vorgeschlagenen Immissionsgrenzwerte. (LAeq Tag = 55 dB(A), LAeq Nacht = 45 dB(A)).

[X] 4. Verpflichtung zu einer Gesamtberücksichtigung aller Verkehrsgeräusche (Gesamtlärmbetrachtung und -regelung).

[X] 5. Einbeziehung der Erschütterungen in den Rechtsanspruch auf Immissionsschutz.

[X] 6. Neudefinition von „wesentlichen Änderungen am Fahrweg". Statt sich nach baulichen Änderungen zu richten, Orientierung an den Lärmmehrbelastungen durch zunehmenden Verkehr bezüglich Intensität und Dauer.

[X] 7. Einklagbarer Rechtsanspruch auf Lärmsanierung ab Januar 2020.

[X] 8. Aufstockung staatlicher Mittel (250 Mio. Euro p. a.) zur Lärmsanierung ab 2014.

[X] 9. Außerkraftsetzung „Schienenbonus" von 5 dB(A) ab Dezember 2014, auch für bereits geplante Projekte.

[X] 10. Berücksichtigung von Spitzenpegeln bei der Grenzwertfestlegung und Lärmmessung/-Ermittlung.

Fragebogen zur Bundestagswahl

PRO RHEINTAL

[X] 11. Einbeziehung tiefer Frequenzbereiche in die Schallpegelbewertung (statt reiner A-Filter-Bewertung).

[X] 12. Dauerhafte betriebliche Änderungen, die Lärmzunahmen bewirken, führen zu Schallschutzansprüchen.

[X] 13. Neuregelung der Schallermittlung durch aktualisierte Algorithmen und Verfahren (Beispiel: Schweizer SonRail-Verfahren).

[X] 14. Aktives Lärm-Monitoring zugänglich über Internet.

[X] 15. Rechtlicher Anspruch auf notwendige Schall- und Erschütterungsschutzmaßnahmen an Gebäuden.

[X] 16. Epidemiologische Überwachung von Gesundheitsschädigungen in stark von Lärm betroffenen Gebieten.

[X] 17. Umfassende Informationspflicht hinsichtlich der Lärmwirkung bei Neubau und betrieblicher Änderung, auch bei Auswirkungen auf andere Strecken und Verkehrsträger.

[X] 18. Einbeziehung des aktualisierten Stands des Wissens und der Technik, im Abstand von jeweils fünf Jahren, als Grundlage für eine fortlaufende Novellierung des Immissionsschutzes festschreiben und im Gleichschritt mit dem Bundesverkehrswegeplan rechtsverbindlich machen.

[ ] Bitte kreuzen Sie nur die Positionen an, die Sie verbindlich zusagen können. Zu den nicht angekreuzten Positionen können Sie uns gern Ihre Erläuterungen oder Hinweise geben!

Vielen Dank für Ihre Mühe!

Bitte ausfüllen (und möglichst bis 15. April 2013 zurücksenden):

Sabine	Leidig
Vorname	Name

MdB und Verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Absender (z. B. Organ, Dienststelle, Funktion/Amt etc.)

sabine.leidig@bundestag.de	DIE LINKE
E-Mail	Partei

Kontakt:
Pro Rheintal e. V. | Simmerner Str. 12 | 56154 Boppard | Fon: 06742 801069-0 | Mail: info@pro-rheintal.de – S. 3/3

Aktionsbündnis Verkehrslärm
Empört Euch!

FDP

Patrick Döring
Mitglied des Deutschen Bundestages
Generalsekretär der FDP

Freie Demokratische Partei
Thomas-Dehler-Haus
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
T: +49 (0)30 28 49 58-81
F: +49 (0)30 28 49 58-82
patrick.doering-gs@fdp.de
www.patrick-doering.de

"5"

Pro Rheintal e.V.
Herrn Frank Gross
Simmerner Straße 12
56154 Boppard

Berlin, 18. April 2013

Sehr geehrter Herr Gross,

haben Sie vielen Dank für Ihren Brief vom 13. März 2013.
Anbei erhalten Sie die Antworten der Freien Demokratischen Partei auf den uns zugesandten Fragenkatalog.

Mit freundlichen Grüßen

Betreff: Re: Umfrage-Bahnlärm
Datum: Montag, 12. August 2013 16:38 Uhr
Von: Oliver Sippel <oliver.sippel@piratenpartei-sh.de>
An: Bernhard Markmann <info@allianz-beltquerung.info>
Cc: <info@pro-rheintal.de>
Unterhaltung: Umfrage-Bahnlärm

Sehr geehrter Herr Markmann,

Am 17.07.2013 14:02, schrieb Bernhard Markmann:
> Sehr geehrte Damen und Herren,
>
> in Zusammenarbeit mit der Initiative "Pro Rheintal" möchten wir, die
> "Allianz gegen eine feste Fehmarnbeltquerung", die Kandidaten/-innen
> von Schleswig-Holstein für die kommende Bundestagswahl gern einige
> Fragen zum Thema "Bahnlärm und dessen Vermeidung bzw. Verringerung"
> stellen. Dazu bitten wir Sie den beigefügten Fragebogen möglichst
> vollständig auszufüllen und uns per Post oder eMail bis zum 15. August
> zurück zu senden.

vielen Dank für Ihre Anfrage.

Im Zusammenhang mit der Forderung nach Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene und auf das Wasser haben wir uns auch mit der Verkehrslärmproblematik auseinandergesetzt.

Auszug aus unserem Wahlprogramm: "Die Piratenpartei erkennt Verkehrs- und Industrielärm als Umweltbelastung und als Gesundheitsrisiko an. Das Recht der Bevölkerung auf Schutz vor Verkehrs- und Industrielärm ist Teil des Grundrechtes auf körperliche Unversehrtheit. Jeder Mensch hat das Recht auf Schutz vor Verkehrs- und Industrielärm unter Berücksichtigung des Standes der Technik. Aktiver Schutz (Vermeidung von Lärm an der Quelle) ist dem passivem Schutz (am Wirkungsort) vorzuziehen. Besonders schützenswert ist die Nacht. Lärmemissionen sind in ihrer Wirkung unter Berücksichtigung aller Gesundheitskosten gesamtheitlich zu betrachten und wirtschaftliche Chancen den gesundheitlichen Risiken gegenüberzustellen."

Um die Lärmquellen erfassen und analysieren zu können, setzen sich die PIRATEN "für die Kartierung von Straßen-, Bahn-, Flug- und Industrielärmemissionen ein – unter Nutzung aller verfügbarer Daten, unabhängig von Mindestbelastungs-Grenzwerten. Die on- und offline Darstellung der Emissionsbelastung muss bundesweit einheitlich erfolgen. Lärmquellen sind entsprechend zu kennzeichnen. Alle vorhandenen Daten sollen nach dem OpenData-Prinzip transparent und maschinenlesbar im Internet veröffentlicht werden, um eine dynamische, idealerweise webbasierte Darstellung der Einzel- und Gesamtbelastungen zu ermöglichen.

Die Piratenpartei unterstützt die Einführung eines Lärmlabels. Mit Hilfe eines solchen Zertifizierungsinstrumentes, das interdisziplinär-wissenschaftlich erarbeitet werden muss, sollen Lärmquellen aller Art einfach und bürgerfreundlich gekennzeichnet werden können. In diesem Zusammenhang werden wir alle Maßnahmen fördern, die Verkehrslärm reduzieren, ohne dass wir jetzt schon genaue Zeitpunkte oder Maßnahmen nennen können. Den allermeisten Ihrer Vorschläge könnten wir daher zustimmen.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben geholfen zu haben und verbleibe
mit freundlichen Grüßen,
Oliver Sippel

--
Oliver Sippel
Pressesprecher Nordfriesland
BTW Listenkandidat Schleswig-Holstein
BTW Direktkandidat Nordfriesland
Piratenpartei Deutschland
Landesverband Schleswig-Holstein

CDU

Fragebogen Bundestagswahl

Welche betriebstechnischen Sofortmaßnahmen zum Schutz von Anwohnern werden Sie nach der Wahl befürworten und- im Falle eines Wahlsieges- innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzten?

- ☑ Nächtliches Tempolimit von 50 km/h zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr für laute Güterzüge in geschlossenen Ortschaften
- ☑ Nachtfahrverbot bis Ende 2015 für nicht umgebaute Züge
- ☑ Absolutes Fahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab 2020

Welche Technischen schallvermeidenden Maßnahmen an der Quelle und schallreduzierenden Maßnahmen am Fahrweg werden Sie nach der Wahl befürworten und- im Falle eines Wahlsieges- innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

- ☑ Lärmsanierung des rollenden Materials
- ☑ Wirksame Trassenpreisgestaltung zur Lärmreduzierung und Verlagerung der externen Kosten auf die Lärmverursacher
- ☑ Erweiterung des Vorsorge- und Sanierungsprogramms um den Schutz vor Erschütterungen
- ☑ Ausbau des Lärmvorsorgeprogramms durch bürgerfreundliche Trassenplanung und Grenzwerte-Einhaltung gemäß neuer gesetzlicher Vorschriften
- ☑ Ertüchtigung und Ausbau bestehender Strecken

Welche Verbesserungen der Rechtspositionen von Bahnanwohnern werden Sie nach der Wahl befürworten und- im Falle eines Wahlsieges- innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzten?

- ☑ Absenkung der Sanierungswerte insgesamt auf die von der WHO vorgeschlagenen Immissionswerte (LAeq Nacht = 45dB(A)
- ☑ Außerkraftsetzung des „Schienenbonus" von 5Db(A)
- ☑ Berücksichtigung von Spitzenpegeln bei der Grenzwertfestlegung und Lärmmessung/-Ermittlung

Dr. Michael Fuchs, MdB, CDU

"2"

Michael Fuchs

Linke

Fragebogen zur Bundestagswahl

IG BISS
www.ig-biss.de

" 2 4

A. Welche betriebstechnischen Sofortmaßnahmen zum Schutz von Anwohnern werden Sie nach der Wahl befürworten und – im Falle eine Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

- [x] 1. Tempolimit (70 km/h) für laute Güterzüge in geschlossenen Ortschaften.
- [x] 2. Sonntagsfahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2014.
- [x] 3. Nachtfahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2016.
- [x] 4. Absolutes Fahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2018.
- [x] 5. Lokführerschulung „Leiser Verkehr" ab 2013.
- [x] 6. Neue Baustellen-Lärmvorschriften ab 2014.

B. Welche technischen schallvermeidenden Maßnahmen an der Quelle und schallreduzierenden Maßnahmen am Fahrweg werden Sie nach der Wahl befürworten und – im Falle eine Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

- [x] 1. Lärmsanierung des rollenden Materials. Beginn der Umrüstung 2013, mit Graugussverbot nachts 2016, insgesamt ab 2018.
- [x] 2. Wirksame Trassenpreisgestaltung zur Lärmreduzierung und Verlagerung der externen Kosten auf die Lärm-Verursacher ab 2013.
- [x] 3. Lärmsanierung am Fahrweg durch innovative Maßnahmen und Kombinationen daraus.
- [x] 4. Entwicklung weiterer, schallverhindernder sowie schallmindernder Maßnahmen (z. B. Noise Breaking System: Test 2013, Umsetzung ab 2014).
- [x] 5. Erweiterung des Vorsorge- und Sanierungsprogramms um den Schutz vor Erschütterungen.

Fragebogen zur Bundestagswahl

☒ 6. Technische Überprüfung und Zulassung des rollenden Materials (z. B. Zustand der Räder, Bremsen, Achsen u. Blattfedern, die einrosten können) von neutraler Stelle (TÜV). Gefahrguttransporte müssen besonders strengen Kontrollen unterzogen werden.

☒ 7. Ausbau des Lärmvorsorgeprogramms durch bürgerfreundliche Trassenplanung und Grenzwerte-Einhaltung gemäß neuer gesetzlicher Vorschriften wie nachfolgend erläutert.

C. Welche Verbesserung der Rechtspositionen von Bahnanwohnern werden Sie nach der Wahl befürworten und – im Falle eine Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

☒ 1. Rechtlich verbindlicher Anspruch auf Schutz vor gesundheitsgefährdenden Immissionen in Form von Schall und Erschütterungen gemäß Schutzpflicht GG. Art. 2 Abs. 2.

☒ 2. Abschaffung der Bestandsstreckenbenachteiligung ab Dezember 2020 (11 dB(A)).

☒ 3. Absenkung der Sanierungsgrenzwerte insgesamt auf die von der WHO vorgeschlagenen Immissionsgrenzwerte. (LAeq Tag = 55 dB(A), LAeq Nacht = 45 dB(A))

☒ 4. Verpflichtung zu einer Gesamtberücksichtigung aller Verkehrsgeräusche (Gesamtlärmbetrachtung und -regelung).

☒ 5. Einbeziehung der Erschütterungen in den Rechtsanspruch auf Immissionsschutz.

☒ 6. Neudefinition von „wesentlichen Änderungen am Fahrweg". Statt sich nach baulichen Änderungen zu richten, Orientierung an den Lärmmehrbelastungen durch zunehmenden Verkehr bezüglich Intensität und Dauer.

☒ 7. Einklagbarer Rechtsanspruch auf Lärmsanierung ab Januar 2020.

☒ 8. Aufstockung staatlicher Mittel (250 Mio. Euro p. a.) zur Lärmsanierung ab 2014.

☒ 9. Außerkraftsetzung „Schienenbonus" von 5 dB(A) ab Dezember 2014, auch für bereits geplante Projekte.

☒ 10. Berücksichtigung von Spitzenpegeln bei der Grenzwertfestlegung und Lärmmessung/-Ermittlung.

Fragebogen zur Bundestagswahl

IG BISS
www.ig-biss.de

☒ 11. Einbeziehung tiefer Frequenzbereiche in die Schallpegelbewertung (statt reiner A-Filter-Bewertung).

☒ 12. Dauerhafte betriebliche Änderungen, die Lärmzunahmen bewirken, führen zu Schallschutzansprüchen.

☒ 13. Neuregelung der Schallermittlung durch aktualisierte Algorithmen und Verfahren (Beispiel: Schweizer SonRail-Verfahren).

☒ 14. Aktives Lärm-Monitoring zugänglich über Internet.

☒ 15. Rechtlicher Anspruch auf notwendige Schall- und Erschütterungsschutzmaßnahmen an Gebäuden.

☒ 16. Epidemiologische Überwachung von Gesundheitsschädigungen in stark von Lärm betroffenen Gebieten.

☒ 17. Umfassende Informationspflicht hinsichtlich der Lärmwirkung bei Neubau und betrieblicher Änderung, auch bei Auswirkungen auf andere Strecken und Verkehrsträger.

☒ 18. Einbeziehung des aktualisierten Stands des Wissens und der Technik, im Abstand von jeweils fünf Jahren, als Grundlage für eine fortlaufende Novellierung des Immissionsschutzes festschreiben und im Gleichschritt mit dem Bundesverkehrswegeplan rechtsverbindlich machen.

☐ Bitte kreuzen Sie nur die Positionen an, die Sie verbindlich zusagen können. Zu den nicht angekreuzten Positionen können Sie uns Ihre Erläuterungen oder Hinweise geben!

Vielen Dank für Ihre Mühe!

Matthias W. B[illegible]kwald
Mitglied des Deutschen [illegible]undestages
Fraktion DIE [illegible]E
Platz der Republik 1 [illegible] Berlin

Aktionsbündnis Verkehrslärm
Empört Euch!

Betreff: WG: Fragebogen zum Thema Bahnlärm
Datum: Freitag, 12. April 2013 18:18 Uhr
Von: Karl-Heinz und Petra Jansen <jansen.emmerich@t-online.de>
An: 'Pro Rheintal' <info@pro-rheintal.de>
Unterhaltung: WG: Fragebogen zum Thema Bahnlärm

1390

Hallo Herr Gross,

hier die Antwort von Herrn Markus Kurth MdB Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Beste Grüße,

Karl-Heinz Jansen

"3"

Von: "Markus Kurth (Wahlkreisbüro)" [mailto:markus.kurth@wk.bundestag.de]
Gesendet: Freitag, 12. April 2013 14:54
An: jansen.emmerich@t-online.de
Betreff: Fragebogen zum Thema Bahnlärm

Sehr geehrter Herr Jansen,

zunächst möchten wir uns herzlich für das Engagement der IG BISS für Lärmschutz auf der Betuwe-Linie bedanken. Uns ist bewusst, dass die Blockverdichtung auf dem Abschnitt Emmerich-Oberhausen die Situation für die Anwohnerinnen und Anwohner schon heute unzumutbar gemacht hat. Wir treten daher dafür ein, dass das geplante 3. Gleis mit optimalem Lärmschutz endlich kommt. Leider wurde unser Antrag „Hinterlandanbindung der ZARA-Häfen verbessern", der diese Forderung enthält mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP und bei Enthaltung der LINKEN im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestags abgelehnt.

Auch wenn wir Ihren Wunsch nach möglichst konkreten Maßnahmen verstehen, müssen wir Sie doch um Verständnis bitten, dass wir als grüne Bundestagsfraktion nicht über die Expertise verfügen, um genau und seriös sagen zu können, welche der Maßnahmen wann umsetzbar ist. Gerne sichern wir aber zu, dass wir uns im Falle einer Regierungsbeteiligung für eine fachliche Prüfung der von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen beim Bundesverkehrsministerium einsetzen werden.

Unsere wichtigsten politischen Forderungen im Lärmschutz stimmen mit ihren Anliegen überein:

· Wir wollen den „Schienenbonus" bei der Berechnung des Schienenlärms so schnell wie möglich abschaffen und den abgesenkten Wert auch bei der Lärmsanierung zur Grundlage machen

· Wir wollen die Bundesmittel des Lärmsanierungsprogramms der DB AG auf 200 Mio. Euro verdoppeln.

· Wir wollen eine Neufassung und stärkere Spreizung der lärmabhängigen Trassenpreise mit zügig wirksamen Umrüstungsanreizen.

· Wir wollen ein Verbot der besonders lauten Graugussbremsen bis spätestens 2020.

· Als zentrales Instrument für einen besseren Lärmschutz wollen wir einen Rechtsanspruch auf Lärmschutz schaffen. Die nächste Bundesregierung soll dazu ein Verkehrslärmschutzgesetz erarbeiten.
Wir wollen Gesundheitsschutz gewährleisten und Betroffenen einen Anspruch auf Ausweisung eines Lärmsanierungsgebietes gewährleisten, wenn der Gesamtlärmpegel ein unerträgliches Maß überschreitet. Die für Lärm zuständige Behörde soll dann verpflichtet sein, Lärmminderungsmaßnahmen im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit Bürgerbeteiligung zu entwickeln und umzusetzen. Auf Grundlage eines einheitlichen Bemessungsverfahrens sollen Sanierungsgebiete erfasst und nach Dringlichkeit abgearbeitet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Kurth

--
Wahlkreisbüro
Markus Kurth MdB
Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sozial- und behindertenpolitischer Sprecher
Königswall 8
44137 Dortmund
Tel: 0231/5574660
Fax: 0231/5574661

Web: http://www.markus-kurth.de
Twitter: http://twitter.com/markuskurthmdb
Facebook: http://www.facebook.com/markuskurthmdb

CDU

CDU
DER GENERALSEKRETÄR

Herrn
Frank Gross
Pro Rheintal
Simmerner Straße 12
56154 Boppard

Berlin, 7. Mai 2013

Sehr geehrter Herr Gross,

für Ihr Schreiben vom 13. März dieses Jahres und die Übersendung des Fragebogens zum Thema Bahnlärm danke ich Ihnen. Leider komme ich erst heute dazu, Ihnen zu antworten.

Ich stimme mit Ihnen überein, dass dem Thema Lärmbelastung gerade mit Blick auf die menschliche Gesundheit, aber auch im Hinblick auf volkswirtschaftliche Schäden eine große Bedeutung zukommt. Vor diesem Hintergrund setzt sich die CDU im Sinne der betroffenen Bürgerinnen und Bürger für sinnvolle Lösungen ein, um die Lärmbelastung im Rheintal deutlich zu vermindern.

Die verbindlichen Maßnahmen, die wir anstreben, um die Lärmbelastung im Rheintal, insbesondere durch den Güterverkehr, wirksam zu verringern, haben Ihnen die Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – Patrick Schnieder, Erwin Rüddel, Mechthild Heil, Peter Bleser und Dr. Michael Fuchs - mit Schreiben vom 19. April dieses Jahres dargelegt.

Ich kann Ihnen versichern, dass die CDU einen Schwerpunkt in der Vermeidung von Gefahren für die menschliche Gesundheit, wie es etwa eine erhöhte Lärmentwicklung darstellt, sieht und entsprechende Lärmschutzmaßnahmen verstärken wird.

Abschließend danke ich Ihnen herzlich für Ihre Fragen und Forderungen. Unser Regierungsprogramm lebt vom Mittun, der regen Beteiligung und den konstruktiven Vorschlägen der vielen uns nahe stehenden Menschen.

Mit freundlichen Grüßen

Hermann Gröhe MdB

Anlage

CDU Deutschlands
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Telefon 030 22070-0
Telefax 030 22070-111

post@cdu.de
www.cdu.de

B90

Betreff: Wahlprüfsteine 2013
Datum: Montag, 18. März 2013 17:52 Uhr
Von: Grüne Öffentlichkeitsarbeit <pr@gruene.de>
An: <info@pro-rheintal.de>
Unterhaltung: Wahlprüfsteine 2013

Sehr geehrter Herr Gross,

vielen Dank für Ihr Interesse an unseren Positionen. Es wäre allerdings schön, wenn Sie uns eine spätere Antwort ermöglichen könnten.

Der Entwurf für unser Wahlprogramm 2013 wurde am 01.03. in Berlin vorgestellt. Dieser Entwurf ist gleichzeitig der Antrag des Bundesvorstandes für den Programmparteitag, der am 26.- 28.04. ebenfalls in Berlin stattfinden wird. Im Unterschied zu anderen Parteien sind bei uns grundsätzlich weitreichende programmatische Änderungen durch die Delegierten möglich. Unsere Antworten vor Verabschiedung des Programms hätten daher im Zweifelfall nicht die notwendige Verbindlichkeit.

Am liebsten wäre uns ein Termin Mitte Mai. Wäre das für Sie praktikabel?

An unserem Programmparteitag können Sie übrigens bei Interesse gern als Gäste teilnehmen. Bitte melden Sie sich dann unter der Mailadressegremien@gruene.de an. Demnächst wird es auch ein Anmeldeformular auf unserer Webseite geben.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Christian Mrowietz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bundesgeschäftsstelle
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
E:pr@gruene.de
http://www.gruene.de/

Landesgruppe
Rheinland-Pfalz in der
SPD-Bundestagsfraktion

Landesgruppe Rheinland-Pfalz in der SPD-Bundestagsfraktion
Bürgernetzwerk Pro Rheintal e.V.
Herrn Frank Gross
Simmerner Straße 12

56154 Boppard

Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Doris Barnett
Michael Hartmann
Klaus Hagemann
Gustav Herzog (Sprecher)
Fritz Rudolf Körper
Andrea Nahles
Manfred Nink

Mitglieder des Deutschen Bundestages

"5 4

Berlin, den 20. März 2013

Fragebogen zum Thema Bahnlärm

Sehr geehrter Herr Gross,

haben Sie herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 13. März 2013 und die Zusendung des Fragebogens zum Thema Bahnlärm. Da Sie auch meine Kolleginnen und Kollegen aufgefordert haben, diese Wahlprüfsteine bis zum 15. April 2013 zu beantworten, möchte ich Ihnen in meiner Funktion als Berichterstatter für Bahnlärm und als Landesgruppensprecher stellvertretend den Eingang bestätigen. Ich habe Ihre Wahlprüfsteine mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Auch wenn ich zu einigen Punkten die ein oder andere Frage hätte, möchte ich auf den Fragenkatalog an dieser Stelle nicht inhaltlich eingehen.

Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir uns darauf verständigt, dass Wahlprüfsteine gesammelt und zentral von der Bundespartei beantwortet werden. Aus diesem Grund leite ich Ihren Fragebogen mit der Bitte um Beantwortung an das Willy-Brand-Haus weiter. Von dort werden Sie eine Antwort erhalten, sobald wir unser Regierungsprogramm 2013-2017 auf dem Bundesparteitag am 13./14. April beraten und beschlossen haben. Daher hoffe ich auf Ihr Verständnis, dass die von Ihnen gesetzte Frist nicht eingehalten werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Gustav Herzog

Besucheranschrift: Paul Löbe Haus, Raum 5644

Postanschrift: Platz der Republik, 11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 - 70465, Fax: 030 / 227 - 76427
rlp-lg.spd@bundestag.de

CWL

Dr. Franz Josef Jung
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundesminister a.D.

Dr. Franz Josef Jung, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

An den
Vorsitzenden von Pro Rheintal e.V.
Herrn Frank Gross
-persönlich-
Simmerner Straße 12

56154 Boppard

Berliner Büro:

Dr. Franz Josef Jung MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 75 447
Fax: (030) 227 – 76 447
Email: franz-josef.jung@bundestag.de

Wahlkreisbüro :

Dr. Franz Josef Jung MdB
Odenwaldstraße 5
64521 Groß-Gerau

Tel. : (06152) 932 555
Fax : (06152) 932 593
Email:
franz-josef.jung@wk2.bundestag.de

1 9
2

Berlin, 18. März 2013
Dr. Jung / WK

Bahnlärm

Sehr geehrter Herr Gross,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 13. März 2013 hinsichtlich der zu realisierenden Lärmschutzmaßnahmen im Eisenbahnverkehr. Ich gebe Ihnen Recht, dass die gegenwärtige Lärmbelastung der Anwohnerinnen und Anwohner im Rheintal zwingend abgemildert werden muss. Nachfolgend teile ich Ihnen gerne meine Ziele mit:

Zunächst ist es aus meiner Sicht erforderlich, ein nächtliches Tempolimit von 50 km/h zwischen 22.00 und 6.00 Uhr für nicht umgebaute bzw. modernisierte Züge umzusetzen. Mit dieser Maßnahme kann kurzfristig eine Entlastung der Lärmsituation bewirkt werden. Darüber hinaus halte ich es für angebracht, ein Nachtfahrverbot für alle nicht bis Ende 2015 umgebauten Züge anzukündigen, um eine Beschleunigung der Umrüstung zu bewirken. In engem Zusammenhang dazu steht ebenfalls die kontinuierliche Überprüfung sowie Erhöhung der Trassenpreissysteme, welche sich beschleunigend auf den Umrüstungsprozess der Güterwaggons auswirken.

Mit der Umrüstung und Modernisierung des rollenden Materials sowie des Gleisbetts ist es möglich, bereits die Lärmverursachung zu halbieren. Ich teile Ihre Auffassung, dass die sog. Graugussbremsen ersetzt werden müssen. Hierzu ist es aus meiner Sicht erforderlich, ein Verbot, auch auf europäischer Ebene, anzustreben.

Hinsichtlich der Verbesserung der Rechtspositionen halte ich es für angemessen, die in der 16. Bundesimmisionsschutzverordnung festgehaltenen Grenzwerte nicht nur für Neubaustrecken, sondern auch für bereits bestehende Eisenbahnstrecken anzuwenden. Gleiches gilt für den sog. Schienenbonus, der nach dem Wegfall für Neubaustrecken perspektivisch auch für bereits bestehende Eisenbahnstrecken abgeschafft werden muss.

Langfristig ist es zur Optimierung der Lärmsituation im Rheintal notwendig, eine Alternativtrasse für den Güterverkehr zu entwickeln und seine Planung im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans voranzutreiben. Da die Realisierung dieses Projekts zweifelsfrei einige Jahre in Anspruch nehmen wird, ist der Fokus aus meiner Sicht auf die kurz –und mittelfristigen Maßnahmen zu legen. Um die Belastung des Rheintals zu reduzieren, halte ich es für angebracht, den Verkehr stärker zu verteilen. Die Eifel-Bahnstrecke bietet dabei aus meiner Sicht das Potenzial, einen Teil des immer größer werdenden Verkehrsaufkommens im Rheintal aufzunehmen.

Sehr geehrter Herr Gross, in der Hoffnung, dass Sie mit den von mir dargelegten Zielen übereinstimmen, bitte ich Sie auch in Zukunft um eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner des Rheintals. Die Verbesserung der Lärmsituation im Rheintal nimmt einen hervorgehobenen Platz auf meiner politischen Agenda ein und ich versichere Ihnen, mich für die benannten Ziele zu verwenden sowie jederzeit für Gespräche mit Ihnen zur Verfügung zu stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Franz Josef Jung

Piratenpartei Deutschland
Bundesgeschäftsstelle

"G"

Piratenpartei Deutschland – Pflugstr. 9a – 10115 Berlin

Pro Rheintal
Herr Frank Gross
Simmener Str. 12

56154 Boppard

Berlin, den 19. März 2013

Sehr geehrter Herr Gross,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 13.03.2012 an Herrn Schlömer, der mich damit beauftragt hat diese zu beantworten.

Die Piratenpartei hat noch keine offizielle Aussage zum Thema Bahnlärm, aber die Arbeitsgemeinschaft Umwelt hat bereits einige Anträge für unseren Bundesparteitag im Mai vorbereitet.
Da die Piratenpartei ihre politische Arbeit durch sich selbst organisierende Arbeitsgemeinschaften geregelt hat, habe ich Ihre Anfrage an unsere Arbeitsgemeinschaft weiter gegeben.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen mit diesen Informationen weiter helfen.

Mit freundlichen Grüßen

Eckbert Reinhardt

Piratenpartei Deutschland
Bundesgeschäftsstelle

Pflugstr. 9a
10115 Berlin

Telefon +49 30 2757 2040
Telefax +49 30 6098 9751 7
E-Mail bgs@piratenpartei.de
Internet www.piratenpartei.de

Bankverbindung

GLS Gemeinschaftsbank eG
Konto 7006 027 900
BLZ 430 609 67

Vorstand
E-Mail vorstand@piratenpartei.de

Bernd Schlömer
Vorsitzender
E-Mail bernd.schloemer@piratenpartei.de

Sebastian Nerz
Stellvertretender Vorsitzender
E-Mail sebastian.nerz@piratenpartei.de

Markus Barenhoff
Stellvertretender Vorsitzender
E-Mail markus.barenhoff@piratenpartei-nrw.de

Swanhild Goetze
Schatzmeister
E-Mail swanhild.goetze@piraten-hh.de

Johannes Ponader
Politischer Geschäftsführer
E-Mail johannes.ponader@piratenpartei.de

Sven Schomacker
Generalsekretär
E-Mail sven.schomacker@bremen.piratenpartei.de

Klaus Peukert
Beisitzer
E-Mail klaus.peukert@piratenpartei.de

PIRATEN PARTEI

Betreff: Re: FW: Ihre Anfrage vom 01.03.2013 an Josef Winkler MdB
Datum: Dienstag, 2. April 2013 11:39 Uhr
Von: Grüne Öffentlichkeitsarbeit <pr@gruene.de>
An: Pro-Rheintal <info@pro-rheintal.de>
Unterhaltung: Ihre Anfrage vom 01.03.2013 an Josef Winkler MdB

1390

"5"

Sehr geehrter Herr Gross,

vielen Dank für die Weiterleitung der Mails.

Nach Rücksprache mit unseren Fachexperten sowie dem Büro von Valerie Wilms kann ich Ihnen mitteilen, dass die Antwort von Frau Wilms als unserer Sprecherin für Bahnpolitik bereits die Meinung unserer Partei wiederspiegelt und von Seite der Bundesgeschäftsstelle nichts hinzuzufügen ist. Da unser endgültiges Wahlprogramm erst auf unserer Bundesdelegiertenkonferenz vom 26. bis 28. April beschlossen werden wird, sind natürlich zukünftige Änderungen nicht völlig ausgeschlossen.

Wir hoffen, dass wir mit dieser Auskunft weiterhelfen konnten.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Christian Mrowietz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bundesgeschäftsstelle
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
E: pr@gruene.de
http://www.gruene.de/

Am 28.03.2013 11:35, schrieb Pro-Rheintal:
> ------ Weitergeleitete Nachricht
> Von: "Dr. Valerie Wilms MdB" <valerie.wilms@bundestag.de>
> Datum: Wed, 27 Mar 2013 12:12:29 +0100
> An: "info@pro-rheintal.de" <info@pro-rheintal.de>
> Unterhaltung: Ihre Anfrage vom 01.03.2013 an Josef Winkler MdB
> Betreff: Ihre Anfrage vom 01.03.2013 an Josef Winkler MdB
>
> Sehr geehrte Damen und Herren,
> sehr geehrter Herr Gross
>
> mit bestem Dank für Ihr Schreiben vom 01.03.2013 zum Bahnlärm möchte ich
> Ihnen hiermit gerne antworten.
>
> Mit freundlichen Grüßen
>
> Dr. Valerie Wilms MdB
>
>
>
> Büro Dr. Valerie Wilms MdB
>
> Deutscher Bundestag
> Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
> Platz der Republik 1
> 11011 Berlin
>

B90

"4"

Betreff: Fragebogen zur Bundestagswahl
Datum: Montag, 15. April 2013 16:34 Uhr
Von: Susanne Schwarte - Büro Bettina Herlitzius MdB <bettina.herlitzius@bundestag.de>
An: "info@pro-rheintal.de" <info@pro-rheintal.de>
Unterhaltung: Fragebogen zur Bundestagswahl

Sehr geehrter Herr Groß,

zunächst möchte ich mich herzlich für das Engagement des Bürgernetzwerks Pro Rheintal für Lärmschutz auf der Schiene im Mittelrheintal bedanken. Uns ist bewusst, dass das Mittelrheintal der durch Bahnlärm am höchsten belastete Korridor in Deutschland ist und dass die Situation für die Anwohnerinnen und Anwohner schon heute unzumutbar ist. Das zu ändern, ist auch ein grünes Anliegen.

Auch wenn wir Ihren Wunsch nach möglichst konkreten Maßnahmen verstehen, müssen wir Sie doch um Verständnis bitten, dass wir als grüne Bundestagsfraktion nicht über die Expertise verfügen, um genau sagen zu können, welche der Maßnahmen wann umsetzbar ist. Gerne sichern wir aber zu, dass wir uns im Falle einer Regierungsbeteiligung für eine fachliche Prüfung der von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen beim Bundesverkehrsministerium einsetzen werden.

Unsere wichtigsten politischen Forderungen im Lärmschutz stimmen mit ihren Anliegen überein:

. Wir wollen den "Schienenbonus" bei der Berechnung des Schienenlärms so schnell wie möglich abschaffen und den abgesenkten Wert auch bei der Lärmsanierung zur Grundlage machen

. Wir wollen die Bundesmittel des Lärmsanierungsprogramms der DB AG auf 200 Mio. Euro verdoppeln.

. Wir wollen eine Neufassung und stärkere Spreizung der lärmabhängigen Trassenpreise mit zügig wirksamen Umrüstungsanreizen.

. Wir wollen ein Verbot der besonders lauten Graugussbremsen bis spätestens 2020.

. Als zentrales Instrument für einen besseren Lärmschutz wollen wir einen Rechtsanspruch auf Lärmschutz schaffen. Die nächste Bundesregierung soll dazu ein Verkehrslärmschutzgesetz erarbeiten.
Wir wollen Gesundheitsschutz gewährleisten und Betroffenen einen Anspruch auf Ausweisung eines Lärmsanierungsgebietes gewährleisten, wenn der Gesamtlärmpegel ein unerträgliches Maß überschreitet. Die für Lärm zuständige Behörde soll dann verpflichtet sein, Lärmminderungsmaßnahmen im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit Bürgerbeteiligung zu entwickeln und umzusetzen. Auf Grundlage eines einheitlichen Bemessungsverfahrens sollen Sanierungsgebiete erfasst und nach Dringlichkeit abgearbeitet werden. Die Lärmsanierung im Mittelrheintal würde dabei in die erste Dringlichkeitskategorie eingestuft werden.

Mit freundlichen Grüßen
Bettina Herlitzius

Bettina Herlitzius MdB
Sprecherin für Stadtentwicklung der
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.:030 227 71012
Fax: 030 227 76012
Email: bettina.herlitzius@bundestag.de

FDP

Betreff: Fragebogen
Datum: Dienstag, 19. März 2013 15:52 Uhr
Von: Meierhofer Horst Kontakt <horst.meierhofer@bundestag.de>
An: "info@pro-rheintal.de" <info@pro-rheintal.de>
Unterhaltung: Fragebogen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben Ihren Fragebogen erhalten. Die zuständige Kollegin in der FDP-Fraktion Frau Judith Skudelny wird Ihnen eine Antwort zukommen lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Sebastian Schnurre

--

Rechtsanwalt Sebastian Schnurre
Büroleitung und politischer Referent

Büro Horst Meierhofer, MdB
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73415
Fax: 030-227-76431
E-mail: horst.meierhofer.ma03@bundestag.de
www.horst-meierhofer.de <http://www.horst-meierhofer.de/>

Horst Meierhofer informiert Sie in seinem Berlin-Ticker über die wichtigsten Ereignisse und Entscheidungen in Berlin nach jeder Sitzungswoche. Melden Sie sich hier <http://www.horst-meierhofer.de/?newwpID=57644&MttgSession=851ef82726333678a1a88574ba045dab%20> an oder informieren Sie uns kurz per Mail, wenn Sie in den Verteiler aufgenommen werden wollen.

Fragebogen Bundestagswahl

Welche betriebstechnischen Sofortmaßnahmen zum Schutz von Anwohnern werden Sie nach der Wahl befürworten und- im Falle eines Wahlsieges- innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzten?

- ☑ Nächtliches Tempolimit von 50 km/h zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr für laute Güterzüge in geschlossenen Ortschaften
- ☑ Nachtfahrverbot bis Ende 2015 für nicht umgebaute Züge
- ☑ Absolutes Fahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab 2020

Welche Technischen schallvermeidenden Maßnahmen an der Quelle und schallreduzierenden Maßnahmen am Fahrweg werden Sie nach der Wahl befürworten und- im Falle eines Wahlsieges- innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

- ☑ Lärmsanierung des rollenden Materials
- ☑ Wirksame Trassenpreisgestaltung zur Lärmreduzierung und Verlagerung der externen Kosten auf die Lärmverursacher
- ☑ Erweiterung des Vorsorge- und Sanierungsprogramms um den Schutz vor Erschütterungen
- ☑ Ausbau des Lärmvorsorgeprogramms durch bürgerfreundliche Trassenplanung und Grenzwerte-Einhaltung gemäß neuer gesetzlicher Vorschriften
- ☑ Ertüchtigung und Ausbau bestehender Strecken

Welche Verbesserungen der Rechtspositionen von Bahnanwohnern werden Sie nach der Wahl befürworten und- im Falle eines Wahlsieges- innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzten?

- ☑ Absenkung der Sanierungswerte insgesamt auf die von der WHO vorgeschlagenen Immissionswerte (LAeq Nacht = 45dB(A)
- ☑ Außerkraftsetzung des „Schienenbonus" von 5Db(A)
- ☑ Berücksichtigung von Spitzenpegeln bei der Grenzwertfestlegung und Lärmmessung/-Ermittlung

Dr. Michael Fuchs, MdB, CDU

Michael Fuchs

1390

Fragebogen zur Bundestagswahl

Von der Bürgerinitiative Pro Rheintal

Sehr geehrte Engagierte der Bürgerinitiative Pro Rheintal,

vielen Dank für die Zusendung Ihres Fragebogens. Die Mehrzahl der Maßnahmen ist grundsätzlich unterstützenswert, einige stoßen jedoch auf finanzielle und rechtliche Hürden. Vor allem der Bestandsschutz engt den politischen Handlungsspielraum ein. Daher sind nicht alle Forderungen direkt umzusetzen. Sie wissen, dass mir als Abgeordnete aus der Region der Lärmschutz ein zentrales Anliegen ist. Allerdings bin ich keine Fachabgeordnete für den Themenbereich Verkehr und kann gerade auch als Mitglied einer Oppositionsfraktion nicht auf Ressourcen einer Regierungspartei zurückgreifen. Daher bitte ich Sie schon einmal im Voraus um Verständnis, dass ich nicht alle Fragen im Einzelnen beantworten konnte.

Mit meiner Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setze ich mich mit Schwerpunkt für folgende Maßnahmen ein:

- Mehr Geld für Lärmsanierung bereitstellen
- Grenzwerte senken
- Bestandsschutz aufweichen, lärmbedingte Betriebsbeschränkungen rechtlich ermöglichen
- Lärmabhängige Trassenpreise spreizen
- Regelungen für das Eisenbahnbundesamt ändern
- Ein verkehrsträgerübergreifendes Verkehrslärmschutzgesetz entwickeln
- Prüfung von Alternativstrecken

Mir ist bewusst, dass der Bahnlärm im Rheintal die Lebensqualität erheblich einschränkt, die Gesundheit vieler Menschen bedroht und die Region auch wirtschaftlich belastet. Deshalb ist der Schutz vor Verkehrslärm der Schwerpunkt meiner politischen Arbeit in meinem Wahlkreis Mainz und im Land Rheinland-Pfalz. Ich habe großen Respekt vor Ihrem Engagement und wünsche Ihnen viel Erfolg für Ihre sehr wichtigen Anliegen.

Herzliche Grüße

Tabea Rößner

A. Welche betriebstechnischen Sofortmaßnahmen zum Schutz von Anwohnern werden Sie nach der Wahl befürworten und - im Falle eines Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

1. Tempolimit für laute Güterzüge in geschlossenen Ortschaften.
   Ja, grundsätzlich sofort. Jedoch müssen vorbereitend Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht werden, da bisher Geschwindigkeitsreduzierungen bei der Bahn nur mit der Verkehrssicherheit begründet werden können. Der Bestandsschutz für Fahrzeuge mit gültiger Betriebserlaubnis, der vor dem Grundgesetz einen hohen Schutzstatus genießt, ist ein rechtliches Hindernis, denn es gilt die Eigentumsgarantie. Kurzfristig muss der politische Druck auf die Bahn erhöht werden, damit sie freiwillig die Geschwindigkeit reduziert. Nach der Bundestagswahl werde ich mich mit meiner Partei dafür einsetzen, dass auch

ordnungspolitisch Geschwindigkeitsbegrenzungen durchgesetzt werden können. Eine europäische Richtlinie für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen kann dafür ein gangbarer Weg sein.

2. Sonntagsfahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2014.

   Prognosen über die Auswirkungen eins Sonntagsfahrverbots kenne ich leider nicht. Allerdings erinnere ich mich an die Widerstände, die es damals bei der Einführung eines Sonntagsfahrverbots für LKW gab. Die Welt ist deswegen nicht untergegangen.

3. Nachtfahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2016.

   Das Ziel eines Nachtfahrverbots für laute Güterzüge unterstütze ich aus vollem Herzen. Wir sind auf Ruhephasen in der Nacht für unsere Gesundheit dringend angewiesen. Die Zeitschiene ist allerdings zu ambitioniert. Zur rechtlichen Umsetzung siehe oben.

4. Absolutes Fahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2018.

   Wir Grüne fordern ein Durchfahrverbot für laute Güterzüge ab 2020. Die nächste Bundesregierung muss sich dafür auf europäischer Ebene einsetzen. Für ein Fahrverbot ist die staatliche Förderung der Umrüstung eine Grundlage, da damit das Argument des Bestandsschutzes abgeschwächt wird. Ein angekündigtes europaweites Fahrverbot in Verbindung mit einer öffentlichen Förderung der Umrüstung und effizienten lärmabhängigen Trassenpreisen könnten einen Schub für die Umrüstung auslösen. Da in einigen europäischen Ländern der Bahnlärm eine untergeordnete Rolle spielt, ist eine Durchsetzung jedoch äußerst schwierig.

5. Lokführerschulung „Leiser Verkehr" ab 2013.
   Dem steht grundsätzlich nichts entgegen. Es sollte vor allem wichtiger Bestandteil der Lokführerausbildung sein.

6. Neue Baustellen-Lärmvorschriften ab 2014.

B. Welche technischen schallvermeidenden Maßnahmen an der Quelle und schallreduzierenden Maßnahmen am Fahrweg werden Sie nach der Wahl befürworten und – im Falle eines Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

1. Lärmsanierung des rollenden Materials. Beginn der Umrüstung 2013, mit Graugussverbot nachts 2016, insgesamt ab 2018.

   Die Lärmsanierung des rollenden Materials ist wesentlich für einen bundes- und europaweiten Lärmschutz. Mit einem Maßnahmenmix muss sie umgesetzt werden: mit einem Fahrverbot ab 2020, öffentlicher Förderung und stark gespreizten lärmabhängigen Trassenpreisen, siehe Frage A4. Einen genauen

Zeitplan zu nennen, wäre in meiner Position zum gegenwärtigen Zeitpunkt unseriös.

Im Falle eines Wahlsieges würde sich eine von den GRÜNEN mitgetragene Regierung auf EU-Ebene für die Anpassung der TSI-Lärm einsetzen, damit die für Nutzfahrzeuge geltenden Lärmobergrenzen mit Übergansregelungen auch für Bestandsfahrzeuge gelten.

2. Wirksame Trassenpreisgestaltung zur Lärmreduzierung und Verlagerung der externen Kosten auf die Lärm-Verursacher ab 2013.

   Ja. Mit meiner Fraktion werde ich mich für eine Neufassung und stärkere Spreizung der lärmabhängigen Trassenpreise einsetzen. Die wirtschaftlichen Anreize für eine schnelle Umrüstung müssen steigen. Erst wenn die Spreizung 3- bis 4mal so hoch ist wie die jetzige, lohnt es sich ökonomisch für den Betreiber umzurüsten. Es ist zu befürchten, dass mit den aktuell geltenden lärmabhängigen Trassenpreisen die Fahrzeughalter erst am Ende der Förderphase umrüsten, um die Betriebskosten zu mindern. Deshalb muss die Preisgestaltung möglichst bald überarbeitet werden.

3. Lärmsanierung am Fahrweg durch innovative Maßnahmen und Kombinationen daraus.

   Ja. Wesentlich dafür ist die Verdoppelung der Bundesmittel des Lärmsanierungsprogramms der DB AG auf 200 Millionen Euro pro Jahr, die wir als Fraktion fordern. Das Eisenbahnbundesamt muss in die Lage versetzt werden, leichter innovative Maßnahmen zu bewilligen.

4. Entwicklung weiterer, schallverhindernder sowie schallmindernder Maßnahmen (z.B. Noise Breaking System: Test 2013, Umsetzung 2014).

5. Erweiterung des Vorsorge- und Sanierungsprogramms um den Schutz vor Erschütterungen.

   Ja.

6. Technische Überprüfung und Zulassung des rollenden Materials (z.B. Zustand der Räder, Bremsen, Achsen und Blattfedern, die einrosten können) von neutraler Seite (TÜV). Gefahrguttransporte müssen besonders strengen Kontrollen unterzogen werden.

   Ja. Zusätzlich muss das Eisenbahnbundesamt personell und durch mehr Befugnisse gestärkt werden, damit es Maßnahmen zum Lärm- und Erschütterungsschutz durchsetzen kann.

7. Ausbau des Lärmvorsorgeprogramms durch bürgerfreundliche Trassenplanung und Grenzwert-Einhaltung gemäß neuer gesetzlicher Vorschriften wie nachfolgend erläutert.

C. Welche Verbesserungen der Rechtspositionen von Bahnanwohnern werden Sie nach der Wahl befürworten und – im Fall eines Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

1. Rechtlich verbindlicher Anspruch auf Schutz vor gesundheitsgefährdenden Immissionen in Form von Schall und Erschütterungen gemäß Schutzpflicht GG Art. 2 Abs. 2.

   Ich werde mich dafür einsetzen, dass die nächste Bundesregierung ein Verkehrslärmschutzgesetz auf den Weg bringt. Dies ist nach unserer Ansicht ein zentrales Instrument für einen besseren Schutz vor Verkehrslärm, der alle Lärmarten innerhalb eines Gebietes mit einbezieht. Die öffentliche Hand soll verpflichtet werden, Lärmminderungsmaßnahmen in Lärmsanierungsgebieten durchzusetzen. Dem Mittelrheintal würde wegen der Dringlichkeit erste Priorität zukommen.

2. Abschaffung der Bestandsstreckenbenachteiligung ab Dezember 2020 (11 dB(A)).

   Wir wollen den Bestandsschutz aufweichen, dies wird aber aus verfassungsrechtlichen Gründen sehr schwierig. Insgesamt engt der Bestandsschutz den politischen Handlungsspielraum stark ein, weshalb wir hier dringend ran müssen.

3. Absenkung der Sanierungsgrenzwerte insgesamt auf die von der WHO vorgeschlagenen Immissionsgrenzwerte (LAeq Tag: 55 dB(A), LAeq Nacht: 45 dB(A))

   Diese Grenzwerte sollten langfristig für Bahn-, Flug- und Straßenlärm das Ziel sein. Das Umweltbundesamt stuft sie als gesundheitlich unbedenklich ein (Umweltbundesamt 2006: Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm-Auslösekriterien für die Lärmaktionsplanung). Mittelfristig sind sie jedoch kaum finanzierbar. Nach F. Elbers und E. Verheijen (http://www.uic.org/IMG/pdf/elbers_bearable_noise_limits_7.noiselimits_08xi2011.pdf) betragen die Kosten für die Sanierung allein der sechs europäischen Güterverkehrskorridore, auf denen 43 % des gesamten europäischen Schienengüterverkehrs abgewickelt werden, auf einen Geräuschimmissionsgrenzwert von L_{night} 55 db(A) 10,8 Milliarden Euro. Die Lärmminderungsmaßnahmen- und vorgaben für die Bahn dürfen das Unternehmen als klimafreundliches Verkehrsmittel ökonomisch nicht überfordern, solange eine gerechte Finanzierung der Verkehrsträger nicht gegeben ist.

4. Verpflichtung zu einer Gesamtberücksichtigung aller Verkehrsgeräusche (Gesamtlärmbetrachtung und –regelung).

   Ja. Die Gesamtlärmbetrachtung soll wesentlicher Bestandteil eines Verkehrslärmschutzgesetzes sein, siehe Antwort auf C.1

5. Einbeziehung der Erschütterungen in den Rechtsanspruch auf Immissionsschutz.

6. Neudefinition von „wesentlichen Änderungen am Fahrweg". Statt sich nach baulichen Änderungen zu richten, Orientierung an den Lärmmehrbelastungen durch zunehmenden Verkehr bezüglich Intensität und Dauer.

   Ja.

7. Einklagbarer Rechtsanspruch auf Lärmsanierung ab Januar 2020.

8. Aufstockung staatlicher Mittel (250 Millionen Euro p.a.) zur Lärmsanierung ab 2014.

   Meine Fraktion tritt dafür ein, die Bundesmittel des Lärmsanierungsprogramms des DB AG auf 200 Millionen Euro zu verdoppeln. Dies hat die grüne Fraktion in die letzten Haushaltsverhandlungen eingebracht, wo die Forderung von der Regierungskoalition abgelehnt wurde.

9. Außerkraftsetzung „Schienenbonus" von 5 dB(A) ab Dezember 2014, auch für bereits geplante Projekte.

   Die nächste Bundesregierung muss die beschlossene langfristige Abschaffung des Schienenbonus auf eine mittelfristige Zeitschiene setzen und den abgesenkten Wert auch bei der Lärmsanierung zur Grundlage machen. Dazu hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im November 2012 einen Änderungsantrag im Bundestag eingebracht. Darin haben wir zur Abstimmung gestellt, dass alle neuen Anträge zu Planfeststellungsverfahren für den Neu- und Ausbau von Schienenwegen ohne Schienenbonus zu planen sind. Lediglich laufende Verwaltungsverfahren sollten nach der bisherigen Rechtslage durchgeführt werden. Die jetzige Bundesregierung hat dies abgelehnt.

10. Berücksichtigung von Spitzenpegeln bei der Grenzwertfestlegung und Lärmmessung/-Ermittlung.

    Ja.

11. Einbeziehung tiefer Frequenzbereiche in die Schallpegelbewertung (statt reiner A-Filter-Bewertung).

12. Dauerhafte betriebliche Änderungen, die Lärmzunahmen bewirken, führen zu Schallschutzansprüchen

    Grundsätzlich ja. Hier kommt es auf die Ausgestaltung an.

13. Neuregelung der Schallermittlung durch aktualisierte Algorithmen und Verfahren (Beispiel: Schweizer SonRail-Verfahren).

    Die Schallermittlung und die Geräuschgrenzwerte sollten auch die Betriebszustände abdecken, die über das reine Rollen hinausgehen, wie zum Beispiel das Quietschen von Bremsen oder in Kurven. Daher muss auch neben

der Fahrzeugseite die Infrastrukturseite bei den TSI-Vorgaben berücksichtigt werden.

14. Aktives Lärm-Monitoring zugänglich über Internet.

    Ja.

15. Rechtlicher Anspruch auf notwendige Schall- und Erschütterungsschutzmaßnahmen an Gebäuden.

16. Epidemiologische Überwachung von Gesundheitsschädigungen in stark von Lärm betroffenen Gebieten.

    Ja.

17. Umfassende Informationspflicht hinsichtlich der Lärmwirkung bei Neubau und betrieblicher Änderung, auch bei Auswirkungen auf andere Strecken und Verkehrsträger.

    Ja.

18. Einbeziehung des aktualisierten Stands des Wissens und der Technik, im Abstand von jeweils fünf Jahren, als Grundlage für eine fortlaufende Novellierung des Immissionsschutzes festschreiben und im Gleichschritt mi dem Bundesverkehrswegeplan rechtsverbindlich machen.

Bitte kreuzen Sie nur die Positionen an, die Sie verbindlich zusagen können. Zu den nicht angekreuzten Positionen können Sie uns gern Ihre Erläuterungen und Hinweise geben!

Vielen Dank für Ihre Mühe!

Bitte ausfüllen und möglichst bis zum 15. April 2013 zurücksenden:

Kontakt: Pro Rheintal e.V., Simmerner Straße 12, 56154 Boppard, Fon: 06742 8010690, info@pro-rheintal.de

CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Pro Rheintal e.V.
1. Vorsitzender Bürgernetzwerk
Herrn Frank Gross
Simmerner Straße 12
56154 Boppard

"5"

Planungsgruppe

Ansgar Hollah
Leiter

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-55660 /-55662
F 030. 227-56140

ansgar.hollah@cducsu.de
www.cducsu.de

Berlin, 15. April 2013
Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Gross,

vielen Dank für Ihre wortgleichen Schreiben vom 13. März 2013 an verschiedene Empfänger in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, mit denen Sie uns Ihre Vorstellungen und Überlegungen für die kommende Bundestagwahl übermitteln.

Soweit sich Ihre Anregungen auf die noch laufende Wahlperiode beziehen, nehmen wir sie für unsere Arbeit zur Kenntnis. Soweit es sich jedoch um Beiträge, Hinweise oder Fragen zum Wahlprogramm handelt, übermitteln wir sie zuständigkeitshalber an das Konrad-Adenauer-Haus. Dort sammeln die beiden Parteien, CDU und CSU, alle eingehenden Hinweise, Anregungen und Fragen und entscheiden dann auch über die Beantwortung. Bitte haben Sie daher Verständnis dafür, dass Sie im Zweifel von der Fraktion keine weitere Antwort erhalten.

Unter www.regierungsprogramm.de läuft übrigens bis Ende April der Dialogprozess der CDU, bei dem jeder seine Erfahrungen, Ideen und Wünsche für das Regierungsprogramm der Union einbringen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Gero Storjohann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Abgeordnetenbüro

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030 / 2 27 - 7 77 62
Fax: 030 / 2 27 - 7 67 62
gero.storjohann@bundestag.de

Mitarbeiter Kerstin Liesegang
Joachim Bodenstaff

Privat

Hauptstraße 23a
23845 Seth

Tel: 0 41 94 / 98 23 3
Fax: 0 41 94 / 98 23 4
www.gero-storjohann.de

„Allianz gegen eine feste Fehmarnbeltquerung"
c/o Pro Rheintal e. V.
Simmerner Str. 12

56154 Boppard

12. August 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der von Ihnen angeschriebenen schleswig-holsteinischen Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sowie der zur Wahl stehenden Kandidatinnen und Kandidaten der CDU Schleswig-Holstein antworte ich auf Ihren Fragebogen zur Bundestagswahl 2013. Ich nehme zu Ihren wesentlichen Fragen gebündelt Stellung. Ich weise in diesem Zusammenhang auf die Maßnahmen der Bundesregierung zur Reduzierung des Bahnlärms hin, die bereits umgesetzt wurden. Ich bin mir darüber bewusst, dass die Akzeptanz für den weiteren Ausbau der Schieneninfrastruktur in Deutschland entscheidend davon abhängt, dass die Lärmbelästigung reduziert wird.

Die Bundesregierung hat in Übereinstimmung mit dem Koalitionsvertrag wesentliche Verbesserungen zum Schutz vor Schienenverkehrslärm umgesetzt. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf der Verringerung der Lärmemissionen im Fahrzeugbereich, insbesondere auf der Umrüstung der bestehenden Güterwagenflotte auf Verbundstoff-Bremssohlen, die glattere Räder und dadurch einen um bis zu 10 Dezibel geringeres Fahrgeräusch bewirken.

Auf Initiative des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) wurde zum Fahrplanwechsel am 09.12.2012 ein Trassenpreissystem mit lärmabhängiger Komponente eingeführt (laTPS). Eckpunkte sind die Zuwendung des Bundes in Höhe von bis zu 152 Millionen Euro und die Laufzeit von 8 Jahren Damit soll erreicht werden, dass innerhalb der Acht-Jahres-Frist 80 Prozent der Bestandsgüterwagen umgerüstet werden. Die DB Netz AG erhebt von den Eisenbahnverkehrsunternehmen seit dem 01.06.2013 als Lärmkomponente einen Zuschlag in Höhe von 1 % auf den Trassenpreis für laute Güterzüge. Die leise Bremssohle vom Typ LL, bei der zur Umrüstung der Bestandsgüterwagen kein

aufwändiger Umbau erforderlich ist, wurde im Mai 2013 durch den Internationalen Eisenbahnverband UIC zugelassen und in die Regelwerke zum betrieblichen Einsatz übernommen. Mit einer Nachfolgeregelung ab 2020 wird das Ziel verfolgt, nach Ende der Laufzeit des laTPS keine Güterwagen, die die Lärmgrenzwerte der TSI Noise überschreiten, mehr auf dem Schienennetz der DB Netz AG fahren zu lassen.

Für die 1999 eingeführte freiwillige Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes stehen im Haushalt des BMVBS seit 2007 jährlich 100 Millionen Euro zur Verfügung. Im Haushaltsentwurf der Bundesregierung sind ab 2014 120 Millionen Euro für Lärmsanierung an Schienenwegen vorgesehen.

Von 2009 bis 2011 flossen aus dem Konjunkturpaket II rund 72 Millionen Euro in zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen zur Erprobung innovativer Maßnahmen und Verfahren an Gleisanlagen. In 82 Einzelprojekten wurden 13 Technologien zur Lärm- und Erschütterungsminderung erprobt, z.B. Schienenstegdämpfer, niedrige Schallschutzwände, Schienenschmiereinrichtungen sowie Maßnahmen zur Brückenentdröhnung. Diese innovativen Techniken werden zukünftig das Maßnahmenportfolio erweitern und neue Möglichkeiten der Gestaltung des Lärmschutzes eröffnen.

Weiterhin stehen für das Sonderprogramm Lärmschutz Schiene als Teil des Infrastrukturbeschleunigungsprogramms II für die Jahre 2013 und 2014 insgesamt 40 Millionen Euro zur Verfügung. Die Maßnahmenliste wurde vom Haushaltsauschuss des Deutschen Bundestages genehmigt.

Das Elfte Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 02. Juli 2013 ist in Kraft getreten. Damit ist durch eine Änderung von § 43 Abs. 1 Satz 2 und 3 BImSchG der Schienenbonus bei der Lärmberechnung in Planfeststellungsverfahren nicht mehr anzuwenden, die im Bereich der Eisenbahnen nach dem 01.01.2015 eröffnet werden. Unbeschadet bleibt die Möglichkeit, dass bei einer Finanzierungszusage über die gesetzlichen Anforderungen hinaus im Einzelfall auch vor diesem Stichtag erweiterte Maßnahmen getroffen werden können. Die Abschaffung des Schienenbonus wirkt sich auch auf Lärmsanierungsmaßnahmen an bestehenden Schienenwegen aus.

Auch zukünftig werden wir uns für eine angemessene Weiterentwicklung der Rechtsvorschriften und der Investitionsprogramme zum Schutz vor Schienenverkehrslärm einsetzen.

Ich möchte Sie speziell den Ausbaus der Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung betreffend darauf hinweisen, dass ich zusammen mit anderen Abgeordneten der Koalition bereits in dieser Wahlperiode einen Antrag in den deutschen Bundestag eingebracht habe, der viele der von Ihnen genannten Punkte aufgreift.

Die Forderungen unseres Antrages „Sozialverträgliche und anwohnerfreundliche Schienenhinterlandanbindung zur Festen Fehmarnbeltquerung gewährleisten" (Drucksache 17/14113) wurden am 27. Juni 2013 im Deutschen Bundestag angenommen. Darin heißt es:

„Um die Akzeptanz für den ökologisch bedeutsamen Verkehrsträger Schiene nicht weiter zu gefährden, sollte die Trassenführung so gestaltet werden, dass Mensch und Umwelt so wenig wie möglich belastet werden. Wo es trotzdem unumgänglich ist, muss dies möglichst umwelt- und anwohnerfreundlich geschehen. Ein gutes Beispiel für die Einbindung der betroffenen Bevölkerung in die laufenden Planungen ist die Arbeit des „Dialogforums Feste Fehmarnbeltquerung". In diesem diskutieren Vertreter der Deutschen Bahn AG, der Bundes- und der Landesregierung, regionale Politiker und Mitglieder von Bürgerinitiativen. Diese Form der modernen Bürgerbeteiligung ist sehr zu begrüßen und unbedingt fortzusetzen."

Durch unseren vom Bundestag angenommen Antrag ist die Bundesregierung dazu aufgefordert:

„1. sich bei den weiteren Planungen zur Schienenhinterlandanbindung für akzeptable Formen sowohl bei der Trassenführung als auch beim Lärmschutz einzusetzen und damit sicherzustellen, dass eine sozial- und raumverträgliche Hinterlandanbindung gewährleistet wird;

2. zu prüfen, inwieweit sich die Trasse der Hinterlandanbindung zur Festen Fehmarnbeltquerung als Modellprojekt eignet, um weitere technische Innovationen zur Reduzierung von Lärm und Erschütterung durch Trassen und rollendes Material voranzutreiben;

3. sicherzustellen, dass der Ausbau der Schienenhinterlandanbindung den aktuellen Lärmschutzanforderungen entspricht und dass der Wegfall des Schienenbonus nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz auch auf den Bau der Hinterlandanbindung volle Anwendung findet."

Ich hoffe, Ihnen mit meiner Antwort gedient zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein

Dr. E. D. Rossmann, MdB · Platz der Republik · 11011 Berlin

Bürgerinitiative HoB e.V. – Holstein ohne Beltquerung
Herrn Bernhard Markmann

Per E-Mail an: info@allianz-beltquerung.info

Landesgruppe Schleswig-Holstein
der SPD-Bundestagsfraktion
Sprecher: Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB

Referentin: Nadine Brockmann M.A.
Paul-Löbe-Haus, R 7144
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 – 75 318
Fax: (030) 227 – 76 817
E-Mail: sh-lg.spd@bundestag.de

Berlin, den 7. August 2013

Fragebogen der Bürgerinitiative Pro Rheintal e.V.

Sehr geehrter Herr Markmann,

herzlichen Dank für Ihre Mail, die ich als Sprecher der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten und Spitzenkandidat der SPD Schleswig-Holstein für die Bundestagswahl gern im Namen aller unserer Kandidatinnen und Kandidaten beantworte.

Wie unser SPD-Bundesparteivorsitzender Sigmar Gabriel der Bürgerinitiative Pro Rheintal ja bereits direkt in einem Brief geschrieben hat, ist das von Ihnen gewählte Verfahren, anzukreuzende Antworten vorzugeben, für eine differenzierte Darstellung unserer Positionen leider nicht geeignet. Wir erlauben uns daher, Ihnen unsere Positionen zum Lärmschutz schriftlich zusammenzufassen.

Schienenlärm zu vermindern, ist eine der größten verkehrspolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Wir befürworten Verkehre auf der Schiene, denn Mobilität von Menschen und Gütern ist der Grundpfeiler von Arbeit und Wohlstand unseres Landes. Zugleich ist unbestritten, dass Lärm gesundheitlich und volkswirtschaftlich nicht hinnehmbare Wirkungen auf die Lebensqualität der entlang der Schienenwege wohnenden Menschen ausübt.

Das wollen wir verändern und knüpfen dabei an das Verkehrslärmschutzpaket des sozialdemokratischen Bundesverkehrsminis-

SPD-Landesgruppe
Schleswig-Holstein

Dr. Hans-Peter Bartels

Bettina Hagedorn

Gabriele Hiller-Ohm

Sönke Rix

Dr. Ernst Dieter Rossmann

Franz Thönnes

ters Wolfgang Tiefensee an. Im August 2009 hatte er eine Agenda vorgelegt, die von der schwarz-gelben Bundesregierung nicht weiter verfolgt wurde. Die vergangenen vier Jahre waren verlorene Jahre im Kampf gegen den Verkehrslärm. Alle erzielten Verbesserungen gehen auf die Regierungszeit vor 2009 zurück, in der die SPD das Verkehrsministerium verantwortete. Dass der Schienenbonus beim Lärmschutz zum 1. Januar 2015 abgeschafft wird, hat die SPD im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat gegen die schwarz-gelbe Bundesregierung durchgesetzt. Ab dann werden bei Schienenneu- und Ausbaumaßnahmen dieselben Grenzwerte für Lärmvorsorge gelten wie bei den Straßen.

Wir werden in einer SPD-geführten Bundesregierung die Bundesmittel für die Schienenlärmsanierung auf 200 Mio. Euro verdoppeln. Bis 2020 müssen alle Güterwagen mit lauten Graugussbremssohlen ersetzt bzw. umgerüstet worden sein. Auf stark befahrenen Strecken sollen nachts schon vor 2020 nur noch Züge fahren, die auf leisere Bremsen umgerüstet sind. Ein lärmabhängiges Trassenpreissystem mit Bonusstufen soll den Einsatz scheibengebremster Wagen und leiser Ganzzüge belohnen. Dafür ist eine stärkere Spreizung der Trassenpreise notwendig.

Die Lärmproblematik des Bahnverkehrs wird allerdings nicht ausschließlich auf nationaler Ebene zu beheben sein. Wir brauchen dringend eine europäische Lösung. Erste Initiativen der EU-Kommission gibt es bereits. Diese müssen weiterentwickelt und mit konkreten Legislativmaßnahmen ausgefüllt werden. Hier bedarf es politischen Willens und finanzieller Mittel, die Schwarz-Gelb hat vermissen lassen.

Die SPD wird alle innovativen Maßnahmen am Gleis in Kraft setzen, die ihre Wirksamkeit unter Beweis gestellt haben, und die Forschung weiterer Maßnahmen im Lärmschutz verstärken. Auch das Ordnungsrecht ist für uns kein Tabu: Nachtfahrverbote oder Geschwindigkeitsbeschränkungen müssen im Einzelfall geprüft werden.

Mehr Informationen bekommen Sie außerdem im Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion „Mehr Verkehr auf die Schiene – Eine neue Netzstrategie für die Eisenbahn“, das ich Ihnen zu Ihrer Information beifüge.

Außerdem möchte ich Sie gern auf unser „Projekt Zukunft“ hinweisen. Hier haben sich Fachpolitiker unserer Fraktion im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Neuer Infrastrukturkonsens“ intensiv mit Fragen rund um unsere Infrastruktur auseinandergesetzt und mit allen interessierten gesellschaftlichen ausführlich Gruppen diskutiert. Auf der Seite http://www.spdfraktion.de/infrastruktur finden Sie die in diesem Rahmen erarbeiteten Konzeptpapiere, bei denen Lärmschutz ein wichtiges und zentrales Thema ist.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Dieter Rickmann

Von: Dr. Bernd Buchholz <berndklausbuchholz@gmx.de>
An: 'Bernhard Markmann' <info@allianz-beltquerung.info>
Kopie (CC): <info@pro-rheintal.de>, Jörg Hansen <Hansen-Stodo@t-online.de>

Sehr geehrter Herr Markmann,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen herzlich für die Übersendung der Fragen der Initiative "ProRheintal" zum Thema Bahnlärm. Als Kandidat zur Bundestagswahl im Wahlkreis 9, Ostholstein und Stormarn-Nord, ist mir an einem konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten zum Thema "Feste Fehmarnbeltquerung" gelegen. Ich mache dabei überhaupt keinen Hehl daraus, dass ich ein Befürworter dieser Fehmarnbeltquerung bin. Mit einer umweltverträglichen Hinterlandanbindung, die auch die Interessen der touristisch geprägten Ostseebäder berücksichtigt und den modernsten Anforderungen an Lärm- und Naturschutz genügt, schaffen wir aus meiner Sicht wichtige wirtschaftliche Impulse für die Region.

Die extrem detaillierten Fragestellungen der Initiative "Pro Rheintal" kann ich in dieser Form allerdings nicht beantworten. Es wäre unredlich und anmaßend mit der Beantwortung dieser Fragen ein Fachwissen vorzutäuschen, dass kein Kandidat für den Deutschen Bundestag haben kann und das aus meiner Sicht auch von keinem Kandidaten erwartet werden kann. In allgemeiner Form lassen sich die Fragen allerdings wie folgt beantwoten:

Für die FDP ist der Schutz der Bevölkerung vor Verkehrslärm allgemein und Bahnlärm im besonderem ein wichtiges Anliegen. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass zwei sehr konkrete Maßnahmen bereits im Koalitionsvertrag 2009 verankert und inzwischen umgesetzt wurden. Dies betrifft zum einen die Einführung lärmabhängiger Trassenpreise und zum anderen die Abschaffung des Schienenbonus. Beides sind Maßnahmen, die seit langem gefordert werden, jedoch von keiner Vorgängerregierung realisiert wurden. Die SPD hat zehn Jahre den Bundesverkehrsminister gestellt und dabei größtenteils zusammen mit den Grünen regiert – geschehen ist in dieser Zeit in Sachen Bahnlärmschutz nichts. Das muss man berücksichtigen, wenn heute von SPD und Grünen aus der Opposition heraus weitgehende Forderungen aufgestellt werden.
Entscheidend ist, was konkret passiert, wenn man in der

Regierungsverantwortung ist. Hier kann sich die Bilanz der FDP sehen lassen.
Wir wollen aber noch mehr erreichen. Wir werden uns deshalb in der nächsten Legislaturperiode für eine Weiterentwicklung des nationalen Verkehrslärmschutzpaketes einsetzen. Wir wollen dabei einen Schwerpunkt auf den Einsatz innovativer Lärmminderungstechnik und die gezielte Entlastung von Lärmbrennpunkten setzen. Daneben wollen wir das Lärmsanierungsprogramm fortsetzen und intensivieren. Wir sagen Ihnen zu, dass wir die von Ihnen im Detail vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verringerung des Bahnlärms prüfen und bewerten lassen werden. Wir beabsichtigen im nächsten Koalitionsvertrag das Thema Schutz vor Schienenlärm im o.g. Sinne ausdrücklich anzusprechen.
Darüber hinaus würden wir anstreben, dass die im Fragebogen des Aktionsbündnisses Verkehrslärm vorgeschlagenen Maßnahmen vom zuständigen Fachressort des Bundesverkehrsministeriums geprüft und bewertet werden mit dem Ziel, einen konkreten Handlungskatalog im Rahmen der Fortschreibung des nationalen Verkehrslärmschutzpaketes vorzulegen. Wir glauben, dass wir damit den berechtigten Forderungen der Anlieger von Bahnstrecken am besten gerecht werden. Wir bitten um Verständnis dafür, dass aus unserer Sicht das Ankreuzen von Einzelmaßnahmen in Ihrem Fragebogen nicht zielführend ist.

Mit besten Grüßen

Bernd Buchholz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein
Dörte Schnitzler
- Gremienreferentin -

Email: doerte.schnitzler@gruene.de
Tel.: 0431/5933816
Mobil: 0176/19787016

Wilhelminenstr. 18
24103 Kiel

Betreff: AW: Umfrage-Bahnlärm

Sehr geehrter Herr Markmann,

vielen Dank für Ihre Anfrage, die ich gern auch im Namen von Konstantin von Notz und Arfst Wagner beantworte. Wie Sie wissen, stehen wir der festen Fehmarnbeltquerung sehr kritisch gegenüber. Ein sehr zentraler Aspekt für die Anwohnerinnen und Anwohner ist die Lebensqualität, die durch die Hinterlandanbindung zu sinken droht. Bahnlärm ist ein Problem in ganz Deutschland - besonders an bereits bestehenden Strecken, die nur nach Haushaltslage und ohne jeglichen Anspruch saniert werden. Hier liegen die größten Probleme. Dennoch ist es wichtig, Lärm möglichst zu verhindern, bevor er entsteht.

Sie haben uns sehr detaillierte Fragen geschickt und wir können Ihren Wunsch nach möglichst konkreten Maßnahmen verstehen. Wir müssen Sie jedoch um Verständnis bitten, dass wir als grüne Bundestagsfraktion nicht über die Expertise verfügen, um genau sagen zu können, welche der Maßnahmen wann umsetzbar ist. Gerne sichern wir aber zu, dass wir uns im Falle einer Regierungsbeteiligung für eine fachliche Prüfung der von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen beim Bundesverkehrsministerium einsetzen werden.

Unsere wichtigsten politischen Anliegen im Lärmschutz stimmen mit ihren überein:

. Wir haben im Bundesrat dafür gesorgt, dass der "Schienenbonus" bei der Berechnung des Schienenlärms deutlich schneller abgeschafft wird, als von der Bundesregierung beabsichtigt. Jetzt muss sichergestellt werden, dass dies nicht nur für Neubauten gilt, sondern auch

bei der Lärmsanierung Grundlage ist.

- Wir wollen die Bundesmittel des Lärmsanierungsprogramms der DB AG auf 200 Mio. Euro verdoppeln.
- Wir wollen eine Neufassung und stärkere Spreizung der lärmabhängigen Trassenpreise mit zügig wirksamen Umrüstungsanreizen.
- Wir wollen ein Verbot der besonders lauten Graugussbremsen bis spätestens 2020.
- Als zentrales Instrument für einen besseren Lärmschutz wollen wir einen Rechtsanspruch auf Lärmschutz schaffen. Die nächste Bundesregierung soll dazu ein Verkehrslärmschutzgesetz erarbeiten. Wir wollen Gesundheitsschutz gewährleisten und Betroffenen einen Anspruch auf Ausweisung eines Lärmsanierungsgebietes gewährleisten, wenn der Gesamtlärmpegel ein unerträgliches Maß überschreitet. Die für Lärm zuständige Behörde soll dann verpflichtet sein, Lärmminderungsmaßnahmen im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit Bürgerbeteiligung zu entwickeln und umzusetzen. Auf Grundlage eines einheitlichen Bemessungsverfahrens sollen Sanierungsgebiete erfasst und nach Dringlichkeit abgearbeitet werden. Die Lärmsanierung im Mittelrheintal würde dabei in die erste Dringlichkeitskategorie eingestuft werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Valerie Wilms

--

Dr. Valerie Wilms
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fon +4930-22771682
Fax +4930-22776289
valerie.wilms@bundestag.de
www.valerie-wilms.de
http://twitter.com/@WilmsVal

Sehr geehrter Herr Markmann,

Dank für Ihre Mail. Ich habe mich bei den Fachexperten in der SPD-Bundestagsfraktion nach unserer Position zu dem Thema "Bahnlärm" erkundigt.
Es ist sehr schwer, bei dem von Ihnen gewählten Multiple-Choice-Verfahren differenziert zu antworten.
Deshalb erlaube ich mir, Ihnen unsere Positionen zum Lärmschutz schriftlich zusammenzufassen:

Die Zurückdrängung von Schienenlärm ist eine der großen verkehrs- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Wir befürworten Verkehre auf der Schiene, denn Mobilität von Menschen und Gütern ist ein Grundpfeiler von Arbeit und Wohlstand unseres Landes.

Zugleich sehen wir, dass Lärm gesundheitlich und volkswirtschaftlich nicht hinnehmbare Wirkungen auf die Lebensqualität entlang der Schienenwege ausübt. Das wollen wir verändern und knüpfen dabei an das Verkehrslärmschutzpaket des letzten sozialdemokratischen Bundesverkehrsministers an. Im August 2009 hat Wolfgang Tiefensee eine Agenda vorgelegt, die von der schwarzgelben Bundesregierung nicht weiter verfolgt wurde. Die letzten vier Jahre waren verlorene Jahre im Kampf gegen den Verkehrslärm. Alle erzielten Verbesserungen gehen auf die Regierungszeit vor 2009 zurück, in der die SPD das Verkehrsministerium verantwortete.

Der Schienenbonus wird zum 01. Januar 2015 abgeschafft. Dies hat die SPD im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat durchgesetzt. Ab dann werden bei Schienenneu- und Ausbaumaßnahmen dieselben Grenzwerte für Lärmvorsorge gelten wie bei den Straßen.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat auf weitere Initiativen verzichtet, die wirksamen Schutz vor Lärm gebracht hätten.

Wir werden in einer SPD-geführten Bundesregierung die Bundesmittel für die Schienenlärmsanierung auf 200 Mio. Euro verdoppeln. Bis 2020 müssen alle Güterwagen mit lauten Graugussbremssohlen ersetzt bzw. umgerüstet worden sein. Auf stark befahrenen Strecken sollen nachts bereits schon vor 2020 nur noch Züge fahren, die bereits komplett auf leisere Bremsen umgerüstet sind. Ein lärmabhängiges

Trassenpreissystem mit Bonusstufen soll den Einsatz scheibengebremster Wagen und leiser Ganzzüge belohnen. Dafür ist eine stärkere Spreizung der Trassenpreise notwendig.

Darüber hinaus brauchen wir dringend eine europäische Lösung. Erste Initiativen der EU-Kommission gibt es bereits, diese müssen weiterentwickelt und mit konkreten Legislativmaßnahmen ausgefüllt werden. Hier braucht es politischen Willen und finanzielle Mittel, die Schwarz-Gelb hat vermissen lassen.

Ferner werden wir alle innovativen Maßnahmen am Gleis in Kraft setzen, die ihre Wirksamkeit unter Beweis gestellt haben, und die Forschung weiterer Maßnahmen im Lärmschutz verstärken. Auch das Ordnungsrecht ist für uns kein Tabu: Nachtfahrverbote oder Geschwindigkeitsbeschränkungen müssen im Einzelfall geprüft werden.

Mehr Informationen bekommen Sie außerdem im Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion: Mehr Verkehr auf die Schiene - Eine neue Netzstrategie für die Eisenbahn, welches Sie unter diesem Link im Internet finden:
http://www.spdfraktion.de/themen/positionen/?pos_agr=11192

Ebenfalls möchten wir Sie auf unser Projekt Zukunft hinweisen.
Hier haben wir uns im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe "Neuer Infrastrukturkonsens" intensiv mit Fragen rund um unsere Infrastruktur auseinandergesetzt und mit allen interessierten gesellschaftlichen Gruppen diskutiert. Auf der Seite http://www.spdfraktion.de/infrastruktur finden Sie die erarbeiteten Konzeptpapiere in ihrer Gesamtheit, bei denen Lärmschutz ein wichtiges und zentrales Thema ist.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Peter Bartels

Deutscher Bundestag
Dr. Hans-Peter Bartels, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030-227-77638
Fax: 030-227-76052
www.hans-peter-bartels.de

Fragebogen zur Bundestagswahl

A. Welche betriebstechnischen Sofortmaßnahmen zum Schutz von Anwohnern werden Sie nach der Wahl befürworten und – im Falle eines Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

☐ 1. Tempolimit für laute Güterzüge in geschlossenen Ortschaften.

☐ 2. Sonntagsfahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2014.

☐ 3. Nachtfahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2016.

☐ 4. Absolutes Fahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2018.

☐ 5. Lokführerschulung „Leiser Verkehr“ ab 2013.

☐ 6. Neue Baustellen-Lärmvorschriften ab 2014.

B. Welche technischen schallvermeidenden Maßnahmen an der Quelle und schallreduzierenden Maßnahmen am Fahrweg werden Sie nach der Wahl befürworten und – im Falle eines Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

☐ 1. Lärmsanierung des rollenden Materials. Beginn der Umrüstung 2013, mit Graugussverbot nachts 2016, insgesamt ab 2018.

☐ 2. Wirksame Trassenpreisgestaltung zur Lärmreduzierung und Verlagerung der externen Kosten auf die Lärm-Verursacher ab 2013.

☐ 3. Lärmsanierung am Fahrweg durch innovative Maßnahmen und Kombinationen daraus.

☐ 4. Entwicklung weiterer, schallverhindernder sowie schallmindernder Maßnahmen (z. B. Noise Breaking System: Test 2013, Umsetzung ab 2014).

☐ 5. Erweiterung des Vorsorge- und Sanierungsprogramms um den Schutz vor Erschütterungen.

Kontakt:
Pro Rheintal e. V. | Simmerner Str. 12 | 56154 Boppard | Fon: 06742 801069-0 | Mail: info@pro-rheintal.de

Aktionsbündnis Verkehrslärm
Empört Euch!

Fragebogen zur Bundestagswahl

X☐ 6. Technische Überprüfung und Zulassung des rollenden Materials (z. B. Zustand der Räder, Bremsen, Achsen u. Blattfedern, die einrosten können) von neutraler Stelle (TÜV). Gefahrguttransporte müssen besonders strengen Kontrollen unterzogen werden.

☐ 7. Ausbau des Lärmvorsorgeprogramms durch bürgerfreundliche Trassenplanung und Grenzwerte-Einhaltung gemäß neuer gesetzlicher Vorschriften wie nachfolgend erläutert.

C. Welche Verbesserung der Rechtspositionen von Bahnanwohnern werden Sie nach der Wahl befürworten und – im Falle eines Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

☐ 1. Rechtlich verbindlicher Anspruch auf Schutz vor gesundheitsgefährdenden Immissionen in Form von Schall und Erschütterungen gemäß Schutzpflicht GG. Art. 2 Abs. 2.

☐ 2. Abschaffung der Bestandsstreckenbenachteiligung ab Dezember 2020 (11 dB(A)).

☐ 3. Absenkung der Sanierungsgrenzwerte insgesamt auf die von der WHO vorgeschlagenen Immissionsgrenzwerte. (LAeq Tag = 55 dB(A), LAeq Nacht = 45 dB(A)).

☐ 4. Verpflichtung zu einer Gesamtberücksichtigung aller Verkehrsgeräusche (Gesamtlärmbetrachtung und -regelung).

☐ 5. Einbeziehung der Erschütterungen in den Rechtsanspruch auf Immissionsschutz.

☐ 6. Neudefinition von „wesentlichen Änderungen am Fahrweg“. Statt sich nach baulichen Änderungen zu richten, Orientierung an den Lärmmehrbelastungen durch zunehmenden Verkehr bezüglich Intensität und Dauer.

☐ 7. Einklagbarer Rechtsanspruch auf Lärmsanierung ab Januar 2020.

☐ 8. Aufstockung staatlicher Mittel (250 Mio. Euro p. a.) zur Lärmsanierung ab 2014.

☐ 9. Außerkraftsetzung „Schienenbonus“ von 5 dB(A) ab Dezember 2014, auch für bereits geplante Projekte.

☐ 10. Berücksichtigung von Spitzenpegeln bei der Grenzwertfestlegung und Lärmmessung/-Ermittlung.

Kontakt:
Pro Rheintal e. V. | Simmerner Str. 12 | 56154 Boppard | Fon: 06742 801069-0 | Mail: info@pro-rheintal.de

Aktionsbündnis Verkehrslärm
Empört Euch!

Fragebogen zur Bundestagswahl

☐ 11. Einbeziehung tiefer Frequenzbereiche in die Schallpegelbewertung (statt reiner A-Filter-Bewertung).

☐ 12. Dauerhafte betriebliche Änderungen, die Lärmzunahmen bewirken, führen zu Schallschutzansprüchen.

☐ 13. Neuregelung der Schallermittlung durch aktualisierte Algorithmen und Verfahren (Beispiel: Schweizer SonRail-Verfahren).

☐ 14. Aktives Lärm-Monitoring zugänglich über Internet.

☐ 15. Rechtlicher Anspruch auf notwendige Schall- und Erschütterungsschutzmaßnahmen an Gebäuden.

☐ 16. Epidemiologische Überwachung von Gesundheitsschädigungen in stark von Lärm betroffenen Gebieten.

☐ 17. Umfassende Informationspflicht hinsichtlich der Lärmwirkung bei Neubau und betrieblicher Änderung, auch bei Auswirkungen auf andere Strecken und Verkehrsträger.

☐ 18. Einbeziehung des aktualisierten Stands des Wissens und der Technik, im Abstand von jeweils fünf Jahren, als Grundlage für eine fortlaufende Novellierung des Immissionsschutzes festschreiben und im Gleichschritt mit dem Bundesverkehrswegeplan rechtsverbindlich machen.

☑ Bitte kreuzen Sie nur die Positionen an, die Sie verbindlich zusagen können. Zu den nicht angekreuzten Positionen können Sie uns gern Ihre Erläuterungen oder Hinweise geben!

Vielen Dank für Ihre Mühe!

Bitte ausfüllen (und möglichst bis 15. August 2013 zurücksenden):

Malte-Carsten Seidler_____
Vorname Name

Listenkandidat für die Piratenpartei_____
Absender (z. B. Organ, Dienststelle, Funktion/Amt etc.)

malte.seidler@piratenpartei-sh.de Piratenpartei_____
E-Mail Partei

Kontakt:
Pro Rheintal e. V. | Simmerner Str. 12 | 56154 Boppard | Fon: 06742 801069-0 | Mail: info@pro-rheintal.de

Aktionsbündnis Verkehrslärm
Empört Euch!

Fragebogen zur Bundestagswahl

Erläuterung:

Sehr geehrte Damen und Herren:

Da wir Piraten nichts versprechen wollen, das wir dann vielleicht aus unterschiedlichen Gründen nicht exakt so wie geplant einhalten können, kann ich ihnen nur bei einem Punkt eine verbindliche Zusage geben. Was aber nicht heißt, dass wir die genannten Punkte nicht für unterstützenswert halten. Im Gegenteil!

Wir Piraten setzten uns, das können Sie auch in unserem Bundestagswahlprogramm nachlesen, dafür ein, dass Verkehr- und Industrielärm vermieden werden muss weil es eine Gefahr für Umwelt- und Gesundheit darstellt. Dabei wollen wir besonders die Entstehung des Lärmes an der Quelle verhindern. Die Nacht stellt ebenfalls eine besonders schützenswerte Zeit dar.

Dementsprechend gehen alle von ihnen genannten Punkt generell in die richtige Richtung! Der einzige Grund der mich davon abhält bei den überwiegend meisten Punkten zuzustimmen ist, wie schon erwähnt, dass ich nichts versprechen will, was ich eventuell, aus verschiedenen Gründen, nicht halten kann.

Ich bedanke mich für ihre Anfrage und lade sie ein auch in Zukunft mit mir und der Piratenpartei in Kontakt zu treten und ihre Forderungen bei uns zur Diskussion zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen!

Malte-Carsten Seidler

Fragebogen zur Bundestagswahl

www.allianz.beltquerung.info
Ausstieg! Jetzt!
Staatsvertrag – Artikel 22
Feste Fehmarnbeltquerung

A. Welche betriebstechnischen Sofortmaßnahmen zum Schutz von Anwohnern werden Sie nach der Wahl befürworten und – im Falle eines Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

☒ 1. Tempolimit für laute Güterzüge in geschlossenen Ortschaften.

☒ 2. Sonntagsfahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2014.

☒ 3. Nachtfahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2016.

☒ 4. Absolutes Fahrverbot für Güterwagen mit Graugussbremsen ab Dezember 2018.

☒ 5. Lokführerschulung „Leiser Verkehr“ ab 2013.

☒ 6. Neue Baustellen-Lärmvorschriften ab 2014.

B. Welche technischen schallvermeidenden Maßnahmen an der Quelle und schallreduzierenden Maßnahmen am Fahrweg werden Sie nach der Wahl befürworten und – im Falle eines Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

☒ 1. Lärmsanierung des rollenden Materials. Beginn der Umrüstung 2013, mit Graugussverbot nachts 2016, insgesamt ab 2018.

☒ 2. Wirksame Trassenpreisgestaltung zur Lärmreduzierung und Verlagerung der externen Kosten auf die Lärm-Verursacher ab 2013.

☒ 3. Lärmsanierung am Fahrweg durch innovative Maßnahmen und Kombinationen daraus.

☒ 4. Entwicklung weiterer, schallverhindernder sowie schallmindernder Maßnahmen (z. B. Noise Breaking System: Test 2013, Umsetzung ab 2014).

☒ 5. Erweiterung des Vorsorge- und Sanierungsprogramms um den Schutz vor Erschütterungen.

Kontakt:
Pro Rheintal e. V. | Simmerner Str. 12 | 56154 Boppard | Fon: 06742 801069-0 | Mail: info@pro-rheintal.de

Aktionsbündnis Verkehrslärm
Empört Euch!

Fragebogen zur Bundestagswahl

☒ 6. Technische Überprüfung und Zulassung des rollenden Materials (z. B. Zustand der Räder, Bremsen, Achsen u. Blattfedern, die einrosten können) von neutraler Stelle (TÜV). Gefahrguttransporte müssen besonders strengen Kontrollen unterzogen werden.

☒ 7. Ausbau des Lärmvorsorgeprogramms durch bürgerfreundliche Trassenplanung und Grenzwerte-Einhaltung gemäß neuer gesetzlicher Vorschriften wie nachfolgend erläutert.

C. Welche Verbesserung der Rechtspositionen von Bahnanwohnern werden Sie nach der Wahl befürworten und – im Falle eines Wahlsieges – innerhalb der Legislatur mit Ihrer Regierungsmannschaft durchsetzen?

☒ 1. Rechtlich verbindlicher Anspruch auf Schutz vor gesundheitsgefährdenden Immissionen in Form von Schall und Erschütterungen gemäß Schutzpflicht GG. Art. 2 Abs. 2.

☒ 2. Abschaffung der Bestandsstreckenbenachteiligung ab Dezember 2020 (11 dB(A)).

☒ 3. Absenkung der Sanierungsgrenzwerte insgesamt auf die von der WHO vorgeschlagenen Immissionsgrenzwerte. (LAeq Tag = 55 dB(A), LAeq Nacht = 45 dB(A)).

☒ 4. Verpflichtung zu einer Gesamtberücksichtigung aller Verkehrsgeräusche (Gesamtlärmbetrachtung und -regelung).

☒ 5. Einbeziehung der Erschütterungen in den Rechtsanspruch auf Immissionsschutz.

☒ 6. Neudefinition von „wesentlichen Änderungen am Fahrweg“. Statt sich nach baulichen Änderungen zu richten, Orientierung an den Lärmmehrbelastungen durch zunehmenden Verkehr bezüglich Intensität und Dauer.

☒ 7. Einklagbarer Rechtsanspruch auf Lärmsanierung ab Januar 2020.

☒ 8. Aufstockung staatlicher Mittel (250 Mio. Euro p. a.) zur Lärmsanierung ab 2014.

☒ 9. Außerkraftsetzung „Schienenbonus“ von 5 dB(A) ab Dezember 2014, auch für bereits geplante Projekte.

☒ 10. Berücksichtigung von Spitzenpegeln bei der Grenzwertfestlegung und Lärmmessung/-Ermittlung.

Kontakt:
Pro Rheintal e. V. | Simmerner Str. 12 | 56154 Boppard | Fon: 06742 801069-0 | Mail: info@pro-rheintal.de – S. 2/3

Aktionsbündnis Verkehrslärm
Empört Euch!

Fragebogen zur Bundestagswahl

☒ 11. Einbeziehung tiefer Frequenzbereiche in die Schallpegelbewertung (statt reiner A-Filter-Bewertung).

☒ 12. Dauerhafte betriebliche Änderungen, die Lärmzunahmen bewirken, führen zu Schallschutzansprüchen.

☒ 13. Neuregelung der Schallermittlung durch aktualisierte Algorithmen und Verfahren (Beispiel: Schweizer SonRail-Verfahren).

☒ 14. Aktives Lärm-Monitoring zugänglich über Internet.

☒ 15. Rechtlicher Anspruch auf notwendige Schall- und Erschütterungsschutzmaßnahmen an Gebäuden.

☒ 16. Epidemiologische Überwachung von Gesundheitsschädigungen in stark von Lärm betroffenen Gebieten.

☒ 17. Umfassende Informationspflicht hinsichtlich der Lärmwirkung bei Neubau und betrieblicher Änderung, auch bei Auswirkungen auf andere Strecken und Verkehrsträger.

☒ 18. Einbeziehung des aktualisierten Stands des Wissens und der Technik, im Abstand von jeweils fünf Jahren, als Grundlage für eine fortlaufende Novellierung des Immissionsschutzes festschreiben und im Gleichschritt mit dem Bundesverkehrswegeplan rechtsverbindlich machen.

☐ Bitte kreuzen Sie nur die Positionen an, die Sie verbindlich zusagen können. Zu den nicht angekreuzten Positionen können Sie uns gern Ihre Erläuterungen oder Hinweise geben!

Vielen Dank für Ihre Mühe!

Bitte ausfüllen (und möglichst bis 15. August 2013 zurücksenden):

DIE LINKE. Schleswig-Holstein
Vorname Name

Sophienblatt 19, 24103 Kiel (Landesgeschäftsstelle)
Absender (z. B. Organ, Dienststelle, Funktion/Amt etc.)

info@linke-sh.de DIE LINKE. Schleswig-Holstein
E-Mail Partei

vielen Dank für Ihre Anfrage.

Im Zusammenhang mit der Forderung nach Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene und auf das Wasser haben wir uns auch mit der Verkehrslärmproblematik auseinandergesetzt.

Auszug aus unserem Wahlprogramm:
"Die Piratenpartei erkennt Verkehrs-und Industrielärm als Umweltbelastung und als Gesundheitsrisiko an. Das Recht der Bevölkerung auf Schutz vor Verkehrs- und Industrielärm ist Teil des Grundrechtes auf körperliche Unversehrtheit.
Jeder Mensch hat das Recht auf Schutz vor Verkehrs- und Industrielärm unter Berücksichtigung des Standes der Technik.
Aktiver Schutz (Vermeidung von Lärm an der Quelle) ist dem passivem Schutz (am Wirkungsort) vorzuziehen.
Besonders schützenswert ist die Nacht.
Lärmemissionen sind
in ihrer Wirkung unter Berücksichtigung aller Gesundheitskosten gesamtheitlich zu betrachten und wirtschaftliche Chancen den gesundheitlichen Risiken gegenüberzustellen."

Um die Lärmquellen erfassen und analysieren zu können, setzen sich die PIRATEN "für die Kartierung von Straßen-, Bahn-, Flug- und Industrielärmemissionen ein – unter Nutzung aller verfügbarer Daten, unabhängig von Mindestbelastungs-Grenzwerten. Die on- und offline Darstellung der Emissionsbelastung muss bundesweit einheitlich erfolgen. Lärmquellen sind entsprechend zu kennzeichnen. Alle vorhandenen Daten sollen nach dem OpenData-Prinzip transparent und maschinenlesbar im Internet veröffentlicht werden, um eine dynamische, idealerweise webbasierte Darstellung der Einzel- und Gesamtbelastungen zu ermöglichen.

Die Piratenpartei unterstützt die Einführung eines Lärmlabels. Mit Hilfe eines solchen Zertifizierungs-instrumentes, das interdisziplinär-wissenschaftlich erarbeitet werden muss, sollen Lärmquellen aller Art einfach und bürgerfreundlich gekennzeichnet werden können. In diesem Zusammenhang werden wir alle Maßnahmen fördern, die Verkehrslärm reduzieren, ohne dass wir jetzt schon genaue Zeitpunkte oder Maßnahmen nennen können. Den

allermeisten Ihrer Vorschläge könnten wir daher zustimmen.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben geholfen zu haben und verbleibe
mit freundlichen Grüßen,
Oliver Sippel

--
Oliver Sippel
Pressesprecher Nordfriesland
BTW Listenkandidat Schleswig-Holstein
BTW Direktkandidat Nordfriesland
Piratenpartei Deutschland
Landesverband Schleswig-Holstein

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage im Kandidaten-Check.

Für Ihr Anliegen habe ich grundsätzliches Verständnis, jedoch erscheinen mir Ihre Fragen sehr detailliert. Grundsätzlich muss dafür gesorgt werden, dass Bürger vor übermäßigem Lärm geschützt werden. Das fordert im übrigen auch das Baugesetzbuch mit seinen Anforderungen an gesundes Wohnen. Im Falle meiner Wahl in den Deutschen Bundestag werde ich mich im Sinne der Anlage für ein schnelles Ende des Schienenbonus? und die Einführung der geräuscharmen Bremsen einsetzen.

Mit freundlichem Gruß
Sabine Sütterlin-Waack